



öffentlich

Beteiligungen des Zollernalbkreises

a) Beteiligungsbericht / Wirtschaftliche Betätigung des Landkreises

b) Übertragung der Geschäftsanteile an der ISBA gGmbH an die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb

Vorlage zur Behandlung in folgenden Gremien:

Verwaltungs- und Finanzausschuss	öffentlich	am 28.11.2022	Vorberatung
Kreistag	öffentlich	am 12.12.2022	Entscheidung

A. Beschlussvorschlag:

- a) Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.
- b) Der Kreistag stimmt dem Ausscheiden als Gesellschafter der ISBA gGmbH durch Abtretung der Geschäftsanteile an die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb gegen Vergütung des Nominalbetrags von 24.000 EUR zu.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel werden nicht benötigt (kostenneutral)

C. Empfehlungsbeschluss des Ausschusses:

Aufgrund der Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 28.11.2022 wird dem Kreistag einstimmig empfohlen wie oben zu beschließen.

Anlagen:



Beteiligungen des Zollernalbkreises

a) Beteiligungsbericht / Wirtschaftliche Betätigung des Landkreises

b) Übertragung der Geschäftsanteile an der ISBA gGmbH an die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb

a) Beteiligungsbericht / Wirtschaftliche Betätigung des Landkreises

I. Vorbemerkungen

Der Zollernalbkreis ist an verschiedenen Unternehmen beteiligt, die überwiegend in privater Rechtsform geführt werden. Mit der Begründung kommunaler Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Kernverwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber bei den Kommunen bzw. beim Landkreis.

Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.

Nach § 105 GemO in Verbindung mit § 48 LKrO ist zur Information des Kreistags und der Einwohner jährlich ein Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis beteiligt ist, zu erstellen.

Die Erstellung des Beteiligungsberichtes ist gemäß § 105 Abs. 3 GemO ortsüblich bekannt zu geben und der Bericht ist an 7 Tagen öffentlich auszulegen; dies erfolgt nach der Kenntnisgabe im Kreistag.

Im Beteiligungsbericht werden für jedes Unternehmen dargestellt:

a) Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens
Beteiligungsverhältnisse
Besetzung der Organe
Beteiligungen des Unternehmens

b) Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

c) Verlauf des letzten Geschäftsjahres

- Grundzüge des Geschäftsverlaufs
- Die Lage des Unternehmens
- Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis
- Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer
- Wichtigste Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- Die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats (auf die Angaben wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, wenn daraus auf die Bezüge einzelner Personen geschlossen werden kann).



öffentlich

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 % beteiligt, kann sich die Darstellung im Beteiligungsbericht beschränken auf

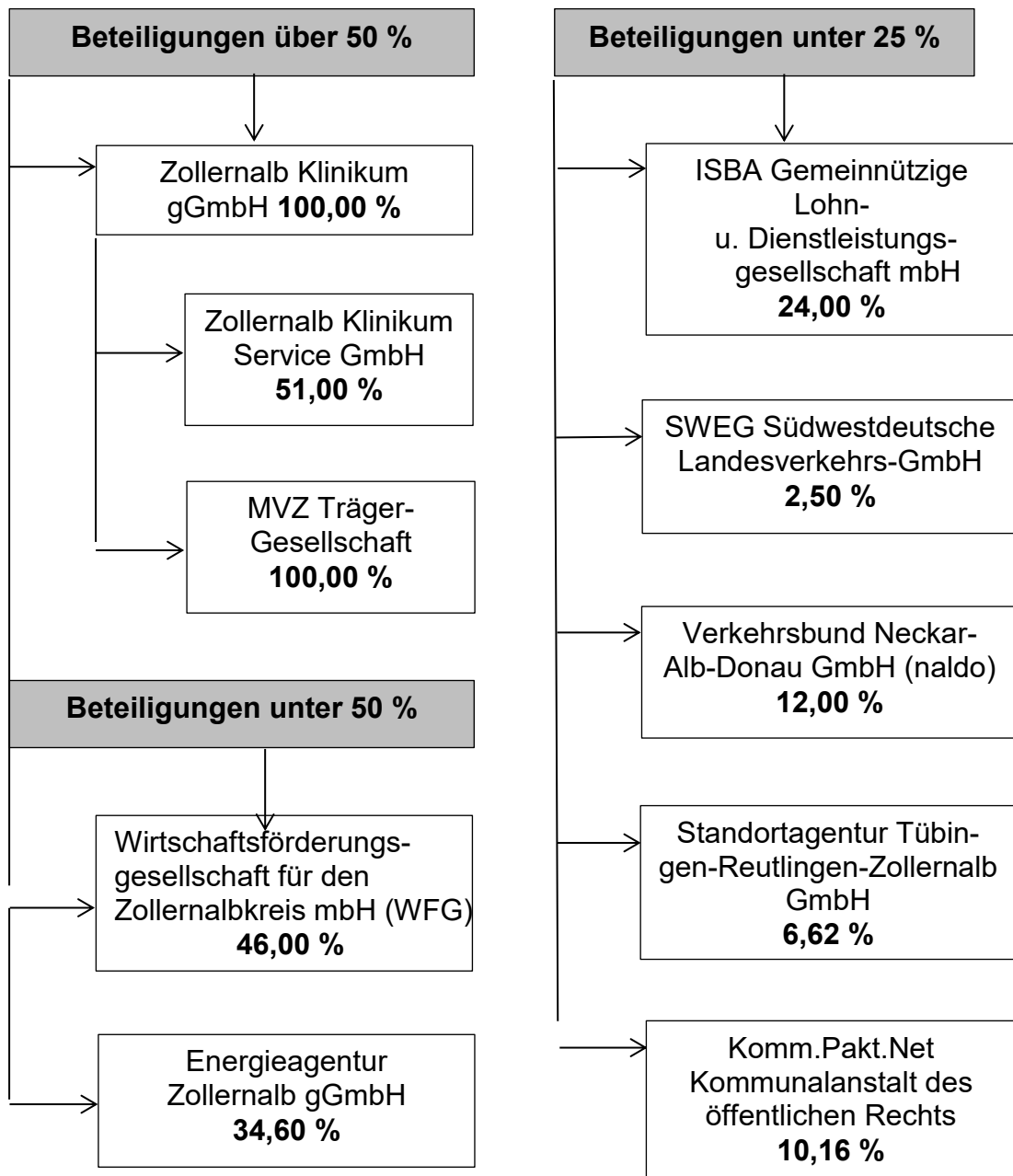
- Gegenstand des Unternehmens
- Beteiligungsverhältnisse
- Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die nachfolgend zu den verschiedenen Beteiligungen gemachten Ausführungen beziehen sich jeweils auf das Geschäftsjahr 2021. Eine Übersicht der Beteiligungen ist auf der folgenden Seite dargestellt.

Beteiligungen nach dem Zweckverbandsrecht fallen nicht unter die Berichtspflicht des § 105 GemO. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ist jedoch die Beteiligung am Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) nachrichtlich in den Bericht aufgenommen.



öffentlich





Übersicht der Beteiligungen 2021

Unternehmen	Organe	Stammkapital	Anteil Zollernalbkreis	Weitere Beteiligte	Bilanzsumme 2021	Umsatzerlöse	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag/ (+ -)	Zahlungen Landkreis an Unternehmen
Zollernalb Klinikum gGmbH	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführung	200.000,00 €	100,00%	./.	57.378.510,93 €	118.681.841,56 €	-6.890.398,53 €	6.890.398,53 €
Zollernalb Klinikum Service GmbH	Gesellschafterversammlung Geschäftsführung	25.000,00 €		Zollernalb Klinikum gGmbH 51,00% KDS Klinikdienste Süd GmbH 49,00%	590.161,46 €	4.629.285,49 €	-14.313,94 €	
MVZ Trägergesellschaft Zollernalb Klinikum gGmbH	Geschäftsführung	25.000,00 €		Zollernalb Klinikum gGmbH	2.332.367,45 €	1.827.668,31 €	-137.913,45 €	
Wirtschaftsförderungs-gesellschaft für den Zollernalbkreis mbH (WFG)	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung Geschäftsführung	27.712,02 €	46,00%	Städte und Gemeinden des Zollernalbkreises	237.869,49 €	378.052,72 €	7.264,65 €	181.150,00 €
Energieagentur Zollernalb gGmbH	Gesellschafterversammlung Geschäftsführung	25.000,00 €	34,60%	Kommunen, Energieversorger, Kreishandwerkerschaft, Sonnenenergie e.V.	280.276,12 €	75.043,79 €	-7.954,08 €	66.067,19 €

Unternehmen	Organe	Stammkapital	Anteil Zollernalbkreis	Weitere Beteiligte	Bilanzsumme 2021	Umsatzerlöse	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag/ (+ -)	Zahlungen Landkreis an Unternehmen
Südwestdeutsche Landesverkehrs-GMBH (SWEG)	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführung	8.200.000,00 €	2,50%	Land Baden-Württemberg 95% Lkr. Sigmaringen 2,5%	183.028.000,00 €	199.666.000,00 €	-1.241.000,00 €	- €
Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführung	40.000,00 €	12,00%	weitere Landkreise und Verkehrsunternehmen	1.453.658,20 €	13.899,00 €	- €	139.128,00 €
ISBA Gemeinnützige Lohn- u. Dienstleistungs-Gesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung Geschäftsführung	100.000,00 €	24,00%	Stadt Balingen Stiftung Lebenshilfe Zollernalb	3.829.522,41 €	10.418.213,01 €	861.872,07 €	- €
Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführung	53.300,00 €	6,62%	37 weitere Gesellschafter	159.131,58 €		14.012,06 €	19.000,00 €
Komm.Pakt.Net, Kommunalanstalt	Verwaltungsrat Beirat Geschäftsführung	716.261,80 €	10,16%	Alb-Donau-Kreis, Landkreis Biberach, Bodenseekreis, Landkreis Freudenstadt, Landkreis Reutlingen	3.825.407,22 €	2.300.854,93 €	53.585,79 €	104.000,00 €



II. Einzelne Beteiligungen



Name: **Zollernalb Klinikum gGmbH**

Gründung: 1. Januar 2004

Stammkapital: 200.000 EUR

Beteiligte: Zollernalbkreis (100 %)

Organe: - Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Geschäftsführung: Dr. Gerhard Hinger, Hügelsheim
Manfred Heinzler, Schömberg

öffentlich

Zollernalb Klinikum gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist zum einen die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 3 AO); dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die patienten- und bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Zollernalbkreis, insbesondere mit einem leistungsfähigen, eigenverantwortlich ausgerichteten Klinikumsbetrieb, der nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wird. Zweck der Gesellschaft ist zum anderen die Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO); dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb einer stationären Einrichtung für die Übergangs- und Kurzzeitpflege.

Gegenstand der Gesellschaft ist der gemeinschaftliche Wirtschaftsbetrieb der Kliniken in Albstadt und Balingen und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellung des Landkreises Zollernalbkreis, der Betrieb von Einrichtungen der Übergangs- und Kurzzeitpflege sowie die Gründung und der Betrieb von gemeinnützigen Medizinischen Versorgungszentren gemäß § 95 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V).

Es soll eine flächendeckende und Sektor übergreifende Patientenversorgung sichergestellt bleiben, solange dies mit der Nachfrage und den Anforderungen an einen hohen und aktuellen medizinischen Leistungsstandard und den Erfordernissen eines wirtschaftlich geführten Geschäftsbetriebs vereinbar ist; zugleich soll die medizinische Schwerpunktbildung gefördert werden.

Die Gesellschaft kann, soweit dies unter Beachtung der für sie geltenden kommunalrechtlichen Bestimmungen zulässig ist, alle Geschäfte betreiben und Maßnahmen ergreifen, die im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrags ihrer Zweckbestimmung dienlich sind.

Die Gesellschaft ist soweit dies unter Beachtung der für sie geltenden kommunalrechtlichen Bestimmungen zulässig ist, berechtigt, andere Gesellschaften, Unternehmen, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen, sich an ihnen zu beteiligen oder sie zu unterhalten, wenn es ihrem Unternehmenszweck dient.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt EUR 200.000. Es wurde vom Alleingesellschafter Zollernalbkreis eingezahlt.

Besetzung der Organe

In der Gesellschafterversammlung wird der Gesellschafter Zollernalbkreis durch den Landrat vertreten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2020 waren:



öffentlich

Lfd. Nr.	Mitglieder	Stellvertreter	Status
1	Herr Günther-Martin Pauli, Landrat, Balingen, Aufsichtsratsvorsitzender		g
2	Herr Prof. Dr. med. Michael Bamberg, Ltd. Ärztlicher Direktor Universitätsklinikum Tübingen, Tübingen, stv. Aufsichtsratsvorsitzender		b
3	Herr Dr. med. Bernhard Rewes, Internist, Balingen	Herr Dr. med. Krischan Spengler, Facharzt für Allgemeinmedizin, Albstadt	e
4	Herr Dr. med. Lorenz Welte, Facharzt für Anästhesiologie, Hechingen	Herr Harald Schwabenthan, Rechtsanwalt, Bisingen	e
5	Herr Klaus Konzelmann, Oberbürgermeister, Albstadt	Herr Hubert Schiele, Bürgermeister, Bitz	e
6	Herr Reinhold Schäfer, Bürgermeister, Balingen	Frau Magdalena Dieringer, Fachbereichsleitung, Rangendingen	e
7	Herr Uwe Jetter, Gesundheits- und Krankenpfleger, Balingen	Herr Konrad Wiget, Religionspädagoge, Haigerloch	e
8	Herr Martin Frohme, Sonderschullehrer, Albstadt	Frau Angela Godawa, Diplom-Ingenieurin, Balingen	e
9	Herr Dr. med. Ullrich Mohr, Facharzt für Allgemeinmedizin, Bisingen	Herr Hans Goessler, Facharzt für Chirurgie, Balingen	e
10	Herr Dr. med. Armin Schweitzer, Facharzt für Allgemeinmedizin, Burladingen	Herr Stefan Buck, selbständig, Balingen	e
11	Frau Gabriele Sonntag, Kaufmännische Direktorin Universitätsklinikum Tübingen, Tübingen		b
12	Herr Prof. Dr. med. Michael Bitzer, Ärztlicher Direktor Zollernalb Klinikum gGmbH, Balingen		b
13	Ab 26.11.2021 Frau Blerta Muqaku, Pflegedirektorin, Balingen		b
14	Bis 12.07.2021 Herr Christoph Heneka, Dezernent Finanzen und Wirtschaft, Balingen Ab 26.11.2021 Frau Dr. Gabriele Wagner, Dezernentin Gesundheit und Lebensraum, Balingen		b
15	Herr Frank Hipp, Gesundheits- und Krankenpfleger, Albstadt, Gesamtbetriebsratsvorsitzender	Frau Ute Hettel, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Balingen, Betriebsratsvorsitzende	eB

Die in der vorstehenden Tabelle in Ziff. 1 genannte Person ist Mitglied des Aufsichtsrats kraft Gesetz (g), die in Ziff. 3 bis 10 genannten Personen wurden vom Kreistag in den Aufsichtsrat entsandt (e).

Das in der Tabelle in Ziff. 15 genannte Mitglied wurde vom Gesamtbetriebsrat in den Aufsichtsrat entsandt (eB).



öffentlich

Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der Landrat des Zollernalbkreises. Sein Stellvertreter wird vom Aufsichtsrat aus dessen Mitte gewählt. Im Übrigen benennt der Kreistag je einen Stellvertreter für die von ihm entsandten Aufsichtsratsmitglieder. Für das vom Betriebsrat entsandte Aufsichtsratsmitglied benennen die Betriebsräte der Standorte des Klinikbetriebs einen Stellvertreter. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats, für das kein Stellvertreter bestellt ist, kann sich in einer Sitzung, an der es verhindert ist teilzunehmen, durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied bei der Stimmabgabe vertreten lassen. Der Vertreter muss eine Weisung für die Stimmausübung sowie eine schriftliche Vollmacht vorlegen. Das vertretende Aufsichtsratsmitglied erhält dadurch eine zusätzliche Stimme, die nicht mit der eigenen Stimmausübung identisch sein muss.

Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2021 durch Herrn Dr. Gerhard Hinger, Hügelsheim, Vorsitzender Geschäftsführer, und Herrn Manfred Heinzler, Schömberg, Kaufmännischer Geschäftsführer, vertreten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Das Unternehmen betreibt seit 1.1.2004 als eigenständige gemeinnützige Gesellschaft die akutstationären Krankenhäuser in Albstadt, Balingen und bis 30.6.2012 in Hechingen.

Mit dem Zollernalbkreis wurde am 17. Dezember 2003 ein Vertrag zur Nutzungsüberlassung der zum Betrieb der Kliniken in Albstadt, Balingen und Hechingen genutzten Grundstücke mitsamt bestehender Bebauung und allen wesentlichen Bestandteilen geschlossen. Die Überlassung erfolgt unentgeltlich. Die Gesellschaft trägt Kosten der Instandhaltung und Instandsetzung gemäß § 4 der Verordnung über die Abgrenzung der im Pflegesatz nicht zu berücksichtigenden Investitionskosten von den pflegesatzfähigen Kosten der Krankenhäuser. Das Vertragsverhältnis wurde auf unbestimmte Zeit, jedoch längstens für 30 Jahre, eingegangen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17. März 2014 zugestimmt, die Zollernalb Klinikum gGmbH mit der flächendeckenden stationären Krankenhausversorgung im Zollernalbkreis als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse („Betrachtung“) zu beauftragen. Die Beauftragung ist bis zum 31.12.2023 befristet.

Der Zollernalbkreis gewährt der Zollernalb Klinikum gGmbH folgende Vergünstigungen:

- Ausgleich eines Jahresfehlbetrages
- Nutzungsüberlassung der Krankenhausimmobilien (EU-rechtlich relevant ist nur der kreisfinanzierte Teil der Immobilien).
- Gesellschafterdarlehen von EUR 2 Mio., verzinslich zu 3 %; ab 1.1.2020 0,75 %.
- Ausfallbürgschaft zur Sicherung eines Kontokorrentkredites bis zu 10 Mio. EUR
- Bürgschaft über die Insolvenzversicherung der Ansprüche der Beschäftigten und der Sozialversicherung nach dem Altersteilzeitgesetz
- Gewährträgerschaft bei der Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss 2021 der Zollernalb Klinikum gGmbH

Der Jahresabschluss 2021 wurde von der Gesellschaft erstellt und von SOLIDARIS Revisions-GMBH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und testiert.

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis 2021 beträgt – 6,89 Mio. EUR und hat sich gegenüber 2020 um – 1,65 Mio. EUR verbessert.

Auch das Jahr 2021 stand fest im Zugriff der Covid 19 – Pandemie und niemand konnte im Februar 2020, als die ersten Meldungen über die lebensbedrohlichen Erkrankungen mit dem Erreger SARS-CoV-2 eintrafen, damit rechnen, dass die Auswirkungen auf das tägliche Leben und insbesondere auf die Gesundheitsversorgung, sich so einschneidend gestalten würden.

Es zeigten sich im zeitlichen Verlauf verschiedene Mutationen des Virus, die häufig viele Bereiche des öffentlichen Lebens lahmlegten und das Gesundheitswesen vor gravierende Herausforderungen stellten. Neue Indizes wurden entwickelt, die Hospitalisierung und die Anzahl der belegten Intensivbetten, um die einschränkenden Maßnahmen zu rechtfertigen. Ganz maßgeblich ging es dabei einer Überlastung des Gesundheitswesens vorzubeugen.

Das Zollernalb Klinikum wurde dabei in besonderer Weise dem Versorgungsauftrag für die Region gerecht, was sich im Vergleich der Belegungsmeldung der umliegenden Cluster-Kliniken gezeigt hat.

Die vorsorglichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Zollernalb-Klinikum (z.B. Besucher- / Mitarbeitertests, Zutrittskontrolle, usw.) sind auch 2021 weitergeführt worden, da in der Umgebung weiterhin hohe Inzidenzen festgestellt wurden. Die Beschäftigten waren davon auch maximal betroffen, viele wurden selbst angesteckt und erkrankten. Durch eine hohe Impfbereitschaft blieben schwere Krankheitsverläufe unter den Beschäftigten in der Minderzahl.

Wie in vielen anderen Krankenhäusern in Deutschland kam es weiterhin zu einem verstärkten Aufkommen von schweren Atemwegserkrankungen, die besonders auch das Personal auf den Intensiv-Stationen, auf einem sehr hohen Niveau beanspruchten. Ein „Atem-holen“ war auch während der Sommermonate kaum möglich.

Im Laufe des Jahres 2021 hat sich die weltweite Nachfrage nach Schutzkleidung normalisiert, so dass es zu keinen Engpässen bei der Belieferung mehr kam. Obwohl das Preisniveau fernöstlicher Anbieter niedrig war, werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, weiterhin lokale Produzenten, die schon während den ersten Phasen eine verlässliche Belieferung sicherstellen konnten, beibehalten.

Die Abhängigkeiten von globalen Ereignissen oder auch nur von Lieferketten zeigen sich jedoch zunehmend auch an anderen Stellen. In erster Linie betrifft es die Energieversorgung, aber auch die Beschaffung medizinischer Verbrauchsmaterialien oder Geräte. Wie in

öffentlich

anderen Branchen wird zunehmend auch die Ersatzteilbeschaffung ein Thema. Das Zollernalb Klinikum achtet daher verstärkt auf Lokalität und Verlässlichkeit der Lieferanten.

Die in der ersten Phase der Covid 19-Pandemie gegründete Task Force hat auch im Jahr 2021 maßgebliche Entscheidungen getroffen:

- Steuerung der an Covid - erkrankten Patienten im Zollernalbkreis
- Bereitstellung der OP- und Intensivkapazitäten in den Hochphasen der Pandemie zur Sicherstellung der regionalen Versorgung
- Übergreifende Personalplanung zur Besetzung der Aufnahme- und Intensivbereiche
- Beibehaltung der Test-Strategie durch Kooperation mit einem örtlichen Speziallabor
- Fortsetzung des kontrollierten Zugangs durch einen externen Sicherheitsdienst an beiden Standorte

Trotz der Ausgleichszahlungen im Rahmen des sog. „Corona-Schutzschirms“ durch den Bund und nachfolgend auch Anpassungen bei der Leistungsvergütung, führen die finanziellen Folgen der Pandemie durch die Leistungsreduzierungen im elektiven Bereich und die Kostensteigerungen zu einer deutlichen Verschlechterung der finanziellen Situation bei den Krankenhäusern.

Obwohl eine hohe intensivmedizinische Inanspruchnahme des Zollernalb Klinikums dazu führte, dass über alle Lock-down-Phasen hinweg Ausgleichszahlungen erfolgten, konnten die pandemischen Erholungsphasen keine deutliche Ergebnisverbesserung ermöglichen.

Von insgesamt 3,39 Mio. EUR Ausgleichszahlungen und Versorgungsaufschlägen nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) kann das Zollernalb Klinikum auf Grund der Leistungssteigerung von 2020 auf 2021 nur 1,17 Mio. EUR behalten. Der Differenzbetrag wird über den Ganzjahresausgleich zurückgeführt werden müssen. Die Leistungssteigerung aufgrund der Auswirkungen der Covid 19-Pandemie ist daher in Frage gestellt.

Im Jahresabschluss ist eine Forderung in Höhe von 2,90 Mio. EUR gegenüber den Krankenkassen enthalten, die vor der Schiedsstelle noch für das Pflegebudget 2020 strittig gestellt wurden.

Des Weiteren ist im Jahresabschluss 2021 eine Forderung von 2,37 Mio. EUR Corona-Mehrkosten enthalten. Das Zollernalb Klinikum hat bislang für die tatsächlichen Ausgaben nur Erstattungen für ca. ein Drittel der Kosten über die Versorgungsaufschläge erhalten. Die Beteiligung an den Arbeitsgruppen der BWKG zur Geltendmachung der Mehraufwendungen ist daher dringlich geboten, da umfangreiche Maßnahmen zum Schutz von Beschäftigten, Besuchern und Patienten erfolgt sind.

Grundsätzlich erfolgen eine vorsichtige Bewertung aller Erlösansätze und entsprechende handelsrechtliche Maßnahmen, da für das Jahr 2021 noch keine Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern geführt werden konnten. Diese Situation betrifft aktuell rd. 80 % der Krankenhäuser in Baden-Württemberg. Dies gilt insbesondere auch für das Schiedsverfahren über das Pflegebudget, wo offenkundig maßgebliche Versorgungsbereiche zur Disposition stehen, obwohl bereits ordnungspolitische Schritte auf Bundesebene, wie das



öffentlich

Nachsteuern der Budgetanteile der A-DRG und die Verlagerung in das Pflegebudget erfolgt sind.

Wie vielerorts führen die Ausstände nicht nur zur Verunsicherung bei der Einschätzung der Personalkostenerstattungen, sondern auch zu einem massiven Anstieg der Forderungen gegenüber den Kostenträgern und somit zu hohen Liquiditätsengpässen. Das Zollernalb Klinikum konnte mit dem Gesellschafter entsprechende Regelungen über die Vorfinanzierung treffen.

Ohne verlässliche ordnungspolitische Festlegungen wird weiterhin darüber diskutiert, wie die zukünftige Krankenhausfinanzierung gestaltet sein wird. Während für das Jahr 2021 eine Mindererlösausgleichsregelung, unter Anrechnung der Ausgleichszahlungen vereinbart wurde, bestehen für die Zukunft die bestehenden Restriktionen, insbesondere durch den Fixkostendegressionsabschlag (FDA), der weiterhin über einen Zeitraum von drei Jahren wesentliche Erlösanteile vorenthalten wird. Für das Jahr 2021 musste daher aus dem Budget 2019 die 3. Rate des FDA in Höhe von 515 TEUR angesetzt werden, was zu einer Reduzierung der Erlöse geführt hat.

Weitere finanzielle Einschränkungen müssen durch den Rückgang der stationären Fallzahlen, im Mittel zwischen 10 – 12 %, erwartet werden, auch wenn das Zollernalb Klinikum etwas weniger davon betroffen ist.

Auch gilt es, sich an die „Ambulantisierung“ schon bisheriger Kurzlieger-Leistungen prozessual anzupassen, um damit die notwendigen Ressourcen für schwere Erkrankung zu gewinnen. Hier gilt es, die stationären Leistungsschwerpunkte weiter zu stärken und die bestehenden Zentren zu stärken.

Ganz wesentlich wird es davon abhängen, wie die individuellen Lösungen zur Rückkehr aus dem Lock-down gestaltet werden können.

Im Zentrum der Diskussionen stehen nach wie vor die „Pflegekosten“. Der politische Wille zur monetären Stärkung der Pflegeberufe könnte in den „Ansätzen“ stecken bleiben, wenn die Mittel im Gesundheitswesen nach den Corona-Hilfen „knapp“ werden. Attraktivität und Zukunftsperspektive der Pflegeberufe können jedoch nicht verordnet werden.

Zahlreiche Veröffentlichungen dokumentieren, dass die langjährige Unterfinanzierung des Gesundheitswesens und eine ungenügende Initiative zur Gewinnung von Fachkräften, mittlerweile zu einer für die Patienten spürbaren Reduzierung der Versorgungsbreite geführt haben. Zunehmend kann die hohe Inanspruchnahme bei gleichzeitigem Personalausfall nur durch Fremdpersonal oder eine stärkere Personalbelastung sichergestellt werden.

Im Rahmen der Strukturellen Qualitätsoffensive wurde durch das Zollernalb Klinikum die Fortschreibung des Krankenhausplans um eine Abteilung für Kinder- und Jugendmedizin beantragt. Der Landeskrankenhausausschuss ist diesem Antrag gefolgt und das Regierungspräsidium Tübingen hat die entsprechende Fortschreibung mit zusätzlicher Ausweisung von 18 Betten vorgenommen. Das Zollernalb Klinikum wird nun mit 468 Betten im Krankenhausplan geführt.

Über das Gesamtklinikum sind gegenüber dem Vorjahr 284 Fälle mehr behandelt worden.

öffentlich

Der Case-Mix-Index (CMI) pro Fall nach den A-DRG liegt bei 0,827, gegenüber einem Wert 2020 von 0,772. Ein Vergleich zu früheren Jahren ist nur sehr schwerlich möglich, da sich das Fallzahlspektrum gegenüber einem „normalen“ Jahr, aber auch die Zusammensetzung der Entgeltbestandteile, deutlich verändert haben.

Die Entwicklung beim Landesbasisfallwert hat zu einer wirtschaftlichen Verbesserung geführt, obgleich die Erwartungen nicht erfüllt wurden. Der Anstieg des Landesbasisfallwerts in Baden-Württemberg mit 2,12 % (damit + 78,01 EUR pro RG) dürfte aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in Zukunft keinen solchen Anstieg mehr erfahren.

Leider haben die Belegungseinschränkungen durch die Pandemie verhindert, dass sich daraus auch im Gesamtergebnis ein akzeptables Erlösvolumen entwickelt hat. Es bleibt abzuwarten, wie das Defizit durch die Mindererlöse bei den folgenden Budgetverhandlungen Berücksichtigung findet.

Die von der Geschäftsführung eingeleiteten Maßnahmen, bspw. zur Reduzierung der Kosten beim Einkauf durch die Mitgliedschaft in einer überregionalen Einkaufsgemeinschaft, den Energieeinkauf über die Energiebörse usw., werden kontinuierlich fortgesetzt.

Infolge der ersten Phase der Covid-Pandemie erfolgte über das gesamte Gesundheitswesen hinweg die Erkenntnis, wie fragil die Warenbeziehungen zu den Produktionsstätten in Fernost reagieren. Neben einem exorbitanten Preisanstieg kam es zu einer beispiellosen Verknappung von Schutzausrüstung und wichtigem medizinischen Equipment, die überwunden werden musste.

Daraus ergibt sich im Jahresergebnis ein deutlicher Anstieg der Materialkosten, aber auch eine stark gewachsene Vorratshaltung bei Artikeln, die verstärkt von Engpässen bedroht sind.

Die stationäre Verweildauer hat sich 2021 leicht reduziert und betrug, bezogen auf das Gesamtklinikum (ohne Neugeborene), 5,7 Tage. Die Auslastung des Klinikums betrug 2021 nach der Belegungsstatistik, die sich auf die 468 Planbetten bezieht, 70 % (Vorjahr: 68 %).

Die Vereinbarungen mit niedergelassenen Ärzten in den Bereichen Neuro- und Fußchirurgie sowie im Bereich der Orthopädie, ermöglichen es am Standort Balingen, die OP- Fallzahlen weiter auf einem hohen Niveau zu halten.

Die betrieblichen Erträge sind um 4,05 Mio. EUR auf 113,19 Mio. EUR angestiegen. Gleichzeitig sind die betrieblichen Ausgaben im gleichen Zeitraum um 5,38 Mio. EUR auf 123,69 Mio. EUR angestiegen.

Für den Fehlbetrag sind weiterhin Kosten der Covid 19 – Pandemie von rd. 742 EUR verantwortlich, für die keine entsprechende Gegenfinanzierung, insbesondere auch für die Schutzmaßnahmen der Besucherregelungen, erfolgt ist. Das Zollernalb Klinikum beteiligt sich an entsprechenden Arbeitsgruppen, eine nachträgliche Finanzierung zu erreichen, da die zusätzlichen Erstattungspauschalen nicht ausgereicht haben.

Beim Betriebsergebnis wird weiterhin deutlich, dass die gesetzlichen Maßnahmen, die Festlegung der Vergütung, sowie auch problematische Leistungsentwicklungen gravierende Auswirkungen für das Zollernalb Klinikum haben. Die wichtigsten Einnahmearten können nicht gewährleisten, dass die laufenden Kosten abgedeckt werden. Daraus ergibt sich eine

öffentlich

allenfalls eingeschränkte Resilienz als Reaktion auf Veränderungen. Diese zu stärken wird ein maßgebliches Ziel für die Zukunft sein.

Die Erlöse aus stationären Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Ursächlich dafür sind deutlich höhere Einnahmeerwartungen aus der Finanzierung des Pflegebudgets, deren vorsichtige Kalkulation unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch die Budgetverhandlungen steht. Außerdem haben die Fallzahl- und Casemix-Steigerungen maßgeblich zur Verbesserung beigetragen.

Als gravierend negativer Effekt folgt jedoch, dass damit die Covid-Ausgleichszahlungen bis auf einen Betrag von 1.169 TEUR zurückerstattet werden müssen. Im Endergebnis stehen Krankenhäuser ohne Erlössteigerungen deutlich besser da, da aufgrund der fehlenden Leistungserbringung keine Kosten angefallen sind.

Im stationären Leistungsgeschehen konnten durch die Ausgleichszahlungen nach § 21 KHG im Rahmen der Rettungsschirme auf das noch zu vereinbarende Krankenhausbudget Liquiditätsengpässe reduziert werden. Da im Jahr 2021 keine Budgetverhandlungen stattgefunden haben, konnten diese die fehlenden Einnahmen aus dem Pflegebudget nicht ausgleichen.

Obwohl es weitere Anpassungen zwischen den A-DRG und dem Pflegebudget gibt, müssen die Zusagen zur vollständigen Finanzierung der „Pflege am Bett“ deutlich in Frage gestellt werden. Insbesondere auch deshalb, weil die Abschlagszahlungen in Form von Tagessätzen, weit hinter den tatsächlich erforderlichen zurückliegen. Schwierige Verhandlungen sind daher vorprogrammiert, wenn es um die Abgrenzung des „Pflegebudgets“ geht. Besonderer Streitpunkt zwischen den Kostenträgern und den Krankenhäusern ist die Zuordnung von unterstützendem Personal und ein hoher Qualifizierungsstand in der Pflege. Krankenhäuser mit einem hohen Anteil an Unterstützung oder einem hohen Fachkräfteanteil, klassisch in den südlichen Bundesländern, würden von einer umfassenden Regelung profitieren.

Ebenfalls noch keine Erkenntnisse liegen über die zukünftige Entwicklung des Fixkostendeckungsabschlags vor. Aufgrund der nach wie vor hohen Akzeptanz der stationären Patientenversorgung muss erwartet werden, dass die dreijährige Auswirkung der Abschlagsbeträge weiterhin eine starke Einnahmebelastung darstellen.

Die politischen Entscheidungen über die Auswirkungen für die Budgets nach der Covid-Phase, insbesondere auch bei einem vermeintlich andauernden Fallzahlrückgang, bleiben abzuwarten.

Die Bewertung der Überlieger hatte im vergangenen Jahr wieder eine größere Bedeutung für das Jahresergebnis (+ 307 TEUR; VJ.: - 150 TEUR). Die Bewertung der Überlieger hängt stark von der Anzahl der Überliegerfälle ab, deren Leistungen nach dem InEK – Schema abgegrenzt wurden. Dazuhin werden die Kostenanteile für die Pflege, da aus den DRG ausgegliedert, gesondert bewertet periodengerecht abgegrenzt, was zu einem höheren Ansatz führt.

Der Personalaufwand beträgt 81,91 Mio. EUR und damit gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 4,21 Mio. EUR (Steigerung von 5,42 %). Unter Berücksichtigung der Aufwen-

öffentlich

dungen für Leihärzte von 800 TEUR, für fremde Pflegedienste 540 TEUR und den Abzügen durch Lohnfortzahlungen von 1.059 TEUR ergibt sich ein gesamter Personalaufwand von 82,20 Mio. EUR.

Wesentliche Anteile der Personalkostensteigerung neben den Lohnerhöhungen ergeben sich aus den Covid 19-Prämien und tarifgebunden Zulagen. Insgesamt summieren sich diese Sondereffekte auf 1,13 Mio. EUR.

Zur Einhaltung der Regelung nach der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PPUGV) und zur Kompensation von Personalausfällen wurden 540 TEUR für die Beschäftigung externer Pflegekräfte aufgewendet. Damit konnte auch die qualifizierte Versorgung der stationären Patienten in den Hochphasen der Covid 19-Pandemie gesichert werden.

Geschäftsführung und Direktorium ist es wichtig, dass in allen Bereichen der Anspruch, die Anhaltzahlen der PPUGV einzuhalten, umgesetzt wird. Hierin wird auch ein Betrag zur Attraktivität des Arbeitgebers gesehen, der durch das Pflegebudget finanziert werden soll.

Für die Beschäftigung von externen Leihärzten wurden 800 aufgewendet TEUR. Davon entfiel die Hälfte auf alle ärztliche Bereich, rd. 330 TEUR auf die Intensivabteilungen, für die eine Gegenfinanzierung durch die Intensivkomplexbehandlung besteht.

In den Bereich externe ärztliche Leistungen fällt auch erstmals ein Anteil von rd. 145 TEUR für die pädiatrische Versorgung durch beim MVZ angestellte Ärztinnen in der geburtshilflichen Abteilung, die diese Leistungen im Rahmen der Kooperation übernommen haben.

Bei den Personalrückstellungen bestand die Erwartung, dass Lohnsteigerungen durch Reduzierungen der Urlaubs- und Stundenvorträge ausgeglichen werden können. Leider blieben die Anstrengungen zur Reduzierung durch die Übertragung von Zeit- und Urlaubsansprüchen aufgrund der Personalausfälle, insbesondere in den Hochphasen der Pandemie, ohne Erfolg.

Gegenüber dem Vorjahr wurden 34,39 VK mehr besetzt. Im Jahresdurchschnitt 2021 waren 974,45 VK beschäftigt.

Im Ärztlichen Dienst wurden insbesondere Stellen im Rahmen der Strukturellen Qualitätssofensive geschaffen. Dies sind insbesondere:

- Thoraxchirurgie
- Pädiatrie (Start)
- ZNA Alb
- Pulmologie

Beim Pflegedienst sind auch die Umbuchungen im Rahmen des Pflegebudgets zu berücksichtigen, die sich aus den zu neuen Zuordnungen ergeben haben. Zudem wurde die ZNA in Albstadt eröffnet, was ebenfalls eine Erhöhung des Pflegedienstes zufolge hatte. Aus dem Funktionsdienst wurden die Pflegekräfte der ZNA sowie die Stationssekretariate in den Pflegedienst umgebucht.



öffentlich

Der Materialaufwand hat sich mit 30,65 Mio. EUR um 739 TEUR (2,47 %) gegenüber dem Vorjahr erhöht. Nach Abzug der Kosten für Leihärzte und fremdes Pflegepersonal ergibt sich netto ein Aufwand von 29,31 Mo. EUR.

Höheren Kosten beim Materialaufwand stehen teilweise wieder entsprechende Mehreinnahmen gegenüber. Dies gilt vor allem für die Arzneimittel im Bereich der Chemotherapie-Versorgung, die während des gesamten Jahres aufrechterhalten werden konnte.

Bezogen auf die Leistungen oder zu früheren Jahren ist ein Kostenvergleich auch 2021 in der Materialwirtschaft nicht aussagefähig, da Kostensteigerungen noch immer keine vergleichbaren Leistungsgrößen gegenüberstehen.

Bei den Abschreibungen ist ergebniswirksam ein Betrag von 679 TEUR für eigenmittelfinanzierte Abschreibungen enthalten. Ein wesentlicher Anteil hängt mit der Beschaffung und der damit verbundenen Abschreibung von IT – Ausstattung zum mobilen Arbeiten zusammen.

Der übrige Betriebsaufwand (nicht saldierte Abschreibungen, Verwaltungsaufwand, Instandhaltung, Versicherungen, usw.) beziffert sich auf 11,12 Mio. EUR (Vorjahr: 10,69 Mio. EUR) und liegt damit um 4,03 % über dem Vorjahreswert.

Auch weiterhin ergibt sich ein hoher Instandhaltungsbedarf, um den medizinischen und infrastrukturellen Leistungsstandard sicherzustellen. Neuere Untersuchungen zeigen, dass die erforderlichen Aufwendungen für die IT, insbesondere für die IT-Sicherheit, die Digitalisierung im Gesundheitswesen und das Mobile Arbeiten in Zukunft noch weiter ansteigen werden. Dazu werden auch die Mittel nach dem Krankenhaus-Zukunftsgesetz (KHZG) beitragen. Dort werden weitgehende Forderungen zur IT-Ausstattungen der Kliniken gestellt, deren Investition zwar gefördert werden, nicht aber die laufenden Betriebskosten.

Die betrieblichen Aufwendungen weisen mit 123,69 Mio. EUR eine Steigerung von 5,38 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf. Dies entspricht einer Steigerung von 4,55 %. Dagegen sind die Betriebsleistungen nur um 3,71 % angestiegen.

Der Zinssaldo war in 2021 mit – 88 TEUR (VJ.: - 122 TEUR) erneut negativ.

Bilanz

Zum Geschäftsjahresende 2021 betrug die Bilanzsumme 50.488 TEUR, dies sind 6.839 TEUR mehr als per 31.12.2020.

Bei den Aktiva betrug das Anlagevermögen 10.735 TEUR (Vorjahr 10.224 TEUR). Die Entwicklung beim Anlagevermögen beruht im Wesentlichen auf der Abschreibung von Anlagevermögen und der Wiederbeschaffung von Anlagen und Krankenhaussoftware.

Das Umlaufvermögen betrug 39.698 TEUR (Vorjahr 33.396 TEUR). Die Zunahme erklärt sich überwiegend durch den Anstieg der Forderungen aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht.

öffentlich

Die flüssigen Mittel betragen 1.295 TEUR (Vorjahr 46 TEUR). Per 31.12.2021 hatte das Zollernalb Klinikum eine Liquidität von – 16.705 TEUR (Kassen- und Bankguthaben 1.295 TEUR abzüglich TEUR 18.000 Kassenkredite).

Bei den Passiva belief sich das bilanzielle Eigenkapital wiederum auf 4.353 TEUR (identisch wie Vorjahr). Der konstante Betrag des Eigenkapitals resultiert aus den Beschlüssen zur Verlustabdeckung des Gesellschafters.

Der Sonderposten für Fördermittel betrug 8.593 TEUR (Vorjahr 8.554 TEUR). Zu den Veränderungen kann sinngemäß auf die Ausführungen zu den Abschreibungen beim Anlagevermögen verwiesen werden.

Die Rückstellungen lagen bei 12.822 TEUR (Vorjahr 7.782 EUR) und die Verbindlichkeiten bei TEUR 31.608 (Vorjahr TEUR 22.958). Die Verbindlichkeiten enthielten 579 TEUR (Vorjahr 1.640 TEUR) unverbrauchte Pauschalfördermittel.

Finanzlage

Per 31.12.2021 hatte die Zollernalb Klinikum gGmbH ein Kreditvolumen in Höhe von – 16.705 TEUR (Kassen- und Bankguthaben 1.295 TEUR abzüglich 18.000 TEUR Kassenkredit gegenüber Kreditinstituten und Gesellschafter). Im Geschäftsjahr 2021 kam es zu einem operativen Cashflow in Höhe von – 6.750 TEUR.

Mit der Volksbank Albstadt eG besteht eine Vereinbarung über einen Kassenkredit in Höhe von 5.000 TEUR vollständig abgerufen in 2016, befristet bis zum 29. August 2026. Davon entfielen 2.000 TEUR auf die MVZ-Trägergesellschaft Zollernalb Klinikum gGmbH.

Die Absicherung erfolgt durch Bürgschaft des Gesellschafters Zollernalbkreis in Höhe von 5,00 Mio. EUR. Für den nicht in Anspruch genommenen Teil der Bürgschaft und zur Abdeckung der Liquiditätsverschiebungen aus dem Pflegebudget hat der Zollernalbkreis einen kurzfristigen Kassenkredit in Höhe von 10,00 Mio. EUR zu banküblichen Bedingungen gewährt.

Durch die aktuellen Verzögerungen beim Ausgleich der Zahlungen für das Pflegebudget mussten darüberhinausgehende Maßnahmen ergriffen werden. Die Zollernalb Klinikum gGmbH ist in der Lage, entsprechende kurzfristige Übersteigerungen der Kreditlinie am Kapitalmarkt abzusichern.

Das Erfordernis einer Liquiditätsreserve in dieser Größenordnung besteht für den laufenden Betrieb der stationären Krankenhausversorgung aufgrund der vereinbarten Zahlungsmodalitäten, die aktuell von 30 Tagen auf 5 Tage reduziert wurden, sowie der zeitlichen Verzögerung bei der Verlustabdeckung durch den Gesellschafter.

Durch den Beschluss des Kreistags zur Verlustabdeckung 2021 in Höhe von 6,89 Mio. EUR und durch den vereinbarten Kassenkredit wird der Kassenbestand weiterhin die Abdeckung der laufenden Verpflichtungen ermöglichen.

öffentlich

Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Zollernalb Klinikum Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Dienstleistungen aus dem Bereich des Facilitymanagements für die Kliniken und Einrichtungen der Zollernalb Klinikum gGmbH sowie die Einrichtungen des Zollernalbkreises, insbesondere Reinigungs-, Hauswirtschafts- und Transportdienste, sowie die Herstellung und der Verkauf von energiebasierten Produkten (Strom und Gas) und die damit verbundenen Serviceleistungen wie Beschaffung, Bereitstellung und Lieferung von Energie (Strom und Gas) für die Kliniken und Einrichtungen der Zollernalb Klinikum gGmbH, an denen die Zollernalb Klinikum gGmbH mehrheitlich beteiligt ist.

Die Gesellschaft kann im Rahmen des kommunalrechtlich Zulässigen alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 EUR. Gesellschafter sind die Zollernalb Klinikum gGmbH und die Klinikdienste Süd GmbH.

Am Stammkapital entfallen auf:		
die Zollernalb Klinikum gGmbH	12.750 EUR	51 %
die Klinikdienste Süd GmbH	12.250 EUR	49 %

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Manfred Heinzler, Schömberg

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Juni 2010 als Dienstleister für die Zollernalb Klinikum gGmbH gegründet und nahm zum 1. Juli 2010 ihre Tätigkeit auf. Sie erbringt insbesondere Dienste im Bereich der Unterhaltsreinigung für die Krankenhäuser in Albstadt und Balingen. Darüber hinaus werden verschiedene Service-, Transport- und hauswirtschaftliche Dienste geleistet. Seit 2013 werden zusätzliche Leistungen für das Küchenmanagement und für die Speiserversorgung erbracht. Im Krankenhaus Balingen wird seit dem Bezug des Neubaus auch die Bettenaufbereitung unter der Leitung der Gesellschaft durchgeführt. In 2019 erfolgten wiederum Glas-, Grund- und Sonderreinigungen an beiden Standorten. Außerdem betreibt die Gesellschaft seit 1. August 2010 die Besucher-Cafeteria im Krankenhaus Balingen.

Seit 2021 erbringt die Gesellschaft die Bereitstellung und Lieferung von Energie (Strom) für die Kliniken und Einrichtungen der Zollernalb Klinikum gGmbH.

Die Gesellschaft schloss mit einem Jahresfehlbetrag von - 14.313,94 EUR.

Der Jahresabschluss wurde von der Dr. Fritz Städele Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH Kempten geprüft und ergab keine Beanstandungen.



öffentlich

Im Wirtschaftsjahr 2021 erzielte die Gesellschaft einen Umsatz von 4.620 TEUR. Dieser lag etwa 26 % über den Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan, in welchem mit 3.658 TEUR gerechnet wurde, und über dem Umsatz aus dem Jahr 2020, welcher 3.724 TEUR betrug. Die Steigerung des Umsatzes gegenüber dem Plan 2021 beruht im Wesentlichen auf die weiterberechneten Kosten für die Stromlieferungen an die Krankenhäuser Balingen und Albstadt (687 TEUR). Des Weiteren konnten die Umsätze durch den neu hinzugekommenen Patiententransport gesteigert werden.

Die Erlöse in der Cafeteria sowie die BKT-Erlöse lagen hingegen aufgrund der staatlich angeordneten Schließungen wegen der COVID-19 Pandemie deutlich unter den geplanten Werten.

Der Umsatz je Mitarbeiter lag im Wirtschaftsjahr 2021 bei 36 TEUR gegenüber 29 TEUR in 2020. Auch hier ist die Steigerung wesentlich durch die weiterberechneten Kosten der Stromlieferung erklärt.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 wird mit einem Umsatz von 5.256 TEUR gerechnet. Die erhebliche Steigerung gegenüber 2021 beruht hauptsächlich auf der Stromlieferung an die beiden Krankenhäuser. In der Zukunft ist mit einem leicht steigenden Umsatz im Bereich der Reinigung, Küche und Cafeteria zu rechnen. Die Weiterführung der Stromlieferung hängt von den gesetzlichen Rahmenbedingungen ab.

Die Gesellschaft beschäftigte zum Ende des Geschäftsjahres 137 Mitarbeiter, von denen 116 sozialversicherungspflichtig und 21 geringfügig beschäftigt wurden. Im vergangenen Jahr wurden 125 Mitarbeiter beschäftigt, davon waren 102 sozialversicherungspflichtig und 23 geringfügig beschäftigt.

Die Entlohnung erfolgte entsprechend des allgemeinverbindlichen Tarifvertrages für das Gebäudereinigerhandwerk mit einer Tariferhöhung von 2,9 % zum 1.1.2021 und 3,90 % ab 1.1.2022. Die freiwillige übertarifliche Zulage für alle Mitarbeiter in Höhe von 0,75 EUR je Stunde wurde in 2021 weiterbezahlt. Diese Zulage ist auch für das Wirtschaftsjahr 2022 geplant.

MVZ-Trägergesellschaft Zollernalb Klinikum gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens im Rahmen der kommunalen Aufgabenstellung ist die Gründung und der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 Abs. I SGB V am Standort Tübinger Straße 20/4, 72336 Balingen sowie - soweit dies gesetzlich zulässig ist - weiterer Medizinischer Versorgungszentren an anderen Standorten als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne des § 66 AO zur Erbringung aller hiernach zulässigen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, wobei die Leistungserbringung durch angestellte Ärzte erfolgt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Wohlfahrtswesens, des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Unterstützung von Personen, die infolge ihres



öffentlich

körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Dieser Satzungszweck wird insbesondere durch die Errichtung und den Betrieb des in Abs. 1 genannten Medizinischen Versorgungszentrums und - soweit dies gesetzlich zulässig ist - weiterer Medizinischer Versorgungszentren verwirklicht sowie durch die Beschaffung von Mitteln und deren Weiterleitung im Sinne des § 58 Nr. 1 AO für die in § 2 Abs. 2 Satz 2 genannten Zwecke. Die Gesellschaft wird sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 S. 2 der Abgabenordnung bedienen, soweit sie die Aufgaben nicht selbst wahrnimmt.

Im Rahmen des kommunalrechtlich Zulässigen ist die Gesellschaft zu allen Rechtsgeschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, dem Zweck der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu dienen und mit den Bestimmungen zur Gemeinnützigkeit in Einklang stehen. Sie kann insbesondere Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen gemeinnützigen Körperschaften beteiligen, die nach § 95 Abs. 1 SGB V an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen, wenn deren Gegenstand nicht im Widerspruch zum Gesellschaftszweck steht.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.000 EUR. Es wurde vom Alleingesellschafter Zollernalb Klinikum gGmbH eingezahlt.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Dr. Gerhard Hinger, Hülgelheim.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Juni 2019 als Dienstleister für die Zollernalb Klinikum gGmbH gegründet und nahm zum 1. Oktober 2019 ihre Tätigkeit auf.

Die MVZ GmbH betreibt seit 1. Oktober 2019 ein MVZ Balingen, Tübinger Straße 20/4, der Fachrichtung Neurochirurgie und seit dem 1. März 2020 ein MVZ Albstadt, Schmiechastraße 50, der Fachrichtung Frauenheilkunde und Geburtshilfe.

Am 15. November 2020 wurde eine Nebenstelle in Balingen im Gebäude Tübinger Straße 8 eröffnet, in dem sich nun ein MVZ für Kinder- und Jugendmedizin befindet. Zum 1.10.2021 konnte durch die Übernahme einer kinderärztlichen Praxis in 72469 Meßstetten, Konradstraße 25, die Versorgung von Kindern und Jugendlichen in dieser Region weitergeführt werden.

An den Standorten für die Neurochirurgie und Frauenheilkunde versorgen die MVZ die Bevölkerung mit ambulanten Leistungen in den angebotenen Fachbereichen durch jeweils drei Kassenarztsitze. Im Versorgungszentrum für die Kinder- und Jugendmedizin werden 2021 in Balingen 2 Sitze und in Meßstetten 1 Sitz versorgt.

Die Gesellschaft schloss mit einem Jahresverlust von – 137.913,45 EUR.

Der Jahresabschluss 2021 wurde von der Gesellschaft erstellt und von SOLIDARIS Revisions-GMBH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und testiert.

öffentlich

Im Wirtschaftsjahr 2020 erzielte die Gesellschaft eine Gesamtleistung von 1.799.575,97 EUR.

Maßgeblich beeinflusst wurden die Umsätze 2021 von der Corona-Pandemie. So wurden statt der lt. Planrechnung für 2021 erwarteten 1.330 TEUR an Erlösen aus ambulanten Leistungen lediglich 1.199 TEUR Leistungen erzielt.

Im Bereich der Kostenentwicklung ergeben sich nur im geringfügigen Bereich Abweichungen zur Planrechnung 2021.

Im Bereich der Personalaufwendungen gab es im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 498 TEUR. Die anderen Bereiche der Kostenentwicklung weisen im Vorjahresvergleich nur geringe Abweichungen auf.

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 25 Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Niedergelassene Ärzte in verschiedenen Fachbereichen bekundeten aktiv ihr Interesse an einer Mitarbeit in der MVZ Gesellschaft. Gleichzeitig versucht die Geschäftsleitung aktiv Fachgebiete in eine umfassende Patientenversorgung zu integrieren, wenn davon der stationäre Bereich oder die medizinische Nachversorgung profitiert und nicht anderweitig gesichert werden kann.

Durch die bisherigen erfolgreichen Nachbesetzungen von Facharztsitzen ergeben sich sowohl bei der Patientenzahl, als auch beim Umsatzvolumen, positive Auswirkungen auf den weiteren Geschäftsverlauf. Im Hinblick auf die Facharztweiterbildung in verschiedenen Fachbereichen, wird die Attraktivität der Zollernalb Klinikum gGmbH und der MVZ-Trägersgesellschaft Zollernalb Klinikum gGmbH für Ärzte in der Weiterbildung gestärkt und damit ein wichtiger Beitrag zur ärztlichen Nachwuchsgewinnung geleistet.



- Name: **Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Zollernalbkreis mbH (WFG)/Zollernalb-Touristinfo, Balingen**
- Gründung: 1. August 1995
- Stammkapital: 27.712,02 €
- Beteiligte: Zollernalbkreis (46 %)
Städte und Gemeinden des ZAK (54 %)
- Organe: - Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung
- Geschäftsführung: Silke Leibold

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Zollernalbkreis mbH (WFG), Balingen

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft unterstützt, in Kooperation mit den Kommunen, alle Maßnahmen, die der Entwicklung und Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie dem Erhalt der vorhandenen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zollernalbkreis dienen.

Die Schwerpunkte sind insbesondere:

- Wirtschaftsförderung
- Tourismusförderung
- Standortmarketing

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 27.712,02 €.

Davon werden aufgebracht	12.747,53 € =	46 % vom Zollernalbkreis,
	14.964,49 € =	54 % von den Städten und Gemeinden des Zollernalbkreises

Besetzung der Organe im Jahr 2021

Aufsichtsrat:

- Günther-Martin Pauli, Landrat und Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Klaus Konzelmann, Oberbürgermeister der Stadt Albstadt
- Helmut Reitemann, Oberbürgermeister der Stadt Balingen
- Philipp Hahn, Bürgermeister der Stadt Hechingen
- Markus Schmid, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Zollernalb
- Catrin Meiser-Feyrer, Conzept Immobilien GmbH, Balingen
- Robert Kling, Vorstandssprecher der Volksbank Albstadt eG
- Arndt Ständer, Vorstandssprecher der Volksbank Hohenzollern-Balingen eG

Geschäftsführung:

- Silke Leibold

Beteiligungen des Unternehmens

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft besitzt keine Beteiligungen.

öffentlich

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die WFG realisiert Maßnahmen und Projekte, welche der Erreichung strategischer Ziele und der wirtschaftlichen Prosperität im Zollernalbkreis dienen sollen. Dabei spielt die Kooperation mit den Kommunen, den relevanten Leistungsträgern im Bereich Wirtschafts- und Tourismusförderung sowie landkreisübergreifenden Organisationen eine bedeutende Rolle. Außerdem etabliert sich die WFG zunehmend als zentrale Informations-, Service- und Vermittlungsstelle bei Anfragen zu Förderprogrammen für Unternehmen, zu Existenzgründungen, zu den Standortvoraussetzungen sowie zu Fördermöglichkeiten für betriebliche Neuansiedlungen.

Tourismusförderung sowie Tourismusmarketing nach innen und außen haben sich zum integralen Bestandteil der Wirtschaftsförderung im Zollernalbkreis entwickelt. Als zentrale Stelle für die Tourismusaktivitäten im Zollernalbkreis erarbeitet die WFG, gemeinsam mit den überregionalen Tourismusverbänden, Kommunen und touristischen Leistungsträgern, touristische Leitbilder, Projekte zur Ausschöpfung und Erschließung touristischer Potenziale sowie entsprechende Strategien zur Vermarktung der Destination Zollernalb.

Die Zollernalb-Touristinfo, die von der WFG geführt wird, bearbeitet eine große Zahl touristischer Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem Ausland.

Auch im Jahr 2021 wurden seitens der WFG wieder verschiedene Maßnahmen und Projekte initiiert und realisiert, sofern dies die Pandemielage zuließ. Die wichtigsten werden nachfolgend kurz aufgezeigt:

Wirtschaftsförderung

Unternehmensbesuche/-austausch

Ziel ist nicht nur die Unternehmen und deren MitarbeiterInnen im Zollernalbkreis kennenzulernen, sondern auch den Austausch zu suchen und bei Vernetzungen unterstützend zu wirken.

Bildungsmesse „Visionen“ vom 22. bis 24.9.2021

Die Bildungsmesse war im Herbst 2020 pandemiebedingt auf März 2021 verschoben worden und musste dann auch im März noch einmal auf September 2021 verlegt werden. Nach reiflicher Überlegung entschied sich die WFG, als Veranstalter der Messe, für eine digitale Version der Messe. Eine Entscheidung die sich, angesichts steigender Inzidenzzahlen und einer größtenteils noch ungeimpften Zielgruppe, als richtig erwies und auch von Schulamtsdirektor Schultheiß unterstützt wurde.

Für die digitale Bildungsmesse wurde eigens ein Portal entwickelt, mit einem digitalen Messestand für jeden Aussteller, an dem dieser u.a. seine angebotenen Ausbildungs- oder Studienplätze, Praktika etc. vorstellen konnte. Das Konzept wurde gut angenommen, 120 Unternehmen, Behörden und Bildungseinrichtungen beteiligten sich. Die Plattform bleibt auch nach der Messe bestehen und kann jederzeit von SchülerInnen zur Information genutzt werden. Änderungen seitens der Firmen werden kostenlos eingepflegt, dadurch wird die Seite aktuell gehalten.

öffentlich

Über eine Chatfunktion konnten die BesucherInnen an den Messtagen direkten Kontakt zu den Unternehmen und Institutionen herstellen. Wie schon im Vorfeld erwartet war die Hemmschwelle, sich per Chat an die Unternehmen und Bildungseinrichtungen zu wenden, geringer als bei einem Face-to-Face Gespräch. Trotzdem ist der persönliche Kontakt, nicht nur für die Aussteller, weiterhin sehr wichtig, weshalb die WFG den Weg der Visionen für die Zukunft zweigleisig sieht. Das Feedback zur ersten digitalen Bildungsmesse war fast durchweg positiv.

Förderprogramm Mehrweg

Durch eine Änderung im Verpackungsgesetz werden ab 2023 Caterer, Lieferdienste und Restaurants verpflichtet, als Alternative zu Einweg- auch Mehrwegbehälter für Essen und Getränke zum Mitnehmen anzubieten. Um den Unternehmen den Einstieg ein wenig leichter zu machen sowie zum Schutz der Umwelt und der Reduzierung des Verpackungsmülls, sprach sich der Kreistag für ein Förderprogramm aus. Die WFG wurde mit der Ausarbeitung und Abwicklung des Programms beauftragt.

Für eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung ist es wichtig, dass die KundInnen ihre Becher und Boxen an möglichst vielen (Partner-)Stellen ausleihen und auch wieder abgeben können. Daher wurden die zuständigen Verbände (Fleischer- und Bäckerinnung der Kreishandwerkerschaft sowie DEHOGA Kreisstelle Zollernalbkreis) gebeten, sich auf ein System zu einigen, mit dessen Betreiber das Projekt umgesetzt werden sollte. Der Entschluss fiel auf reCIRCLE, dem größten Mehrwegsystem im deutschsprachigen Raum.

Das Förderprogramm sieht zunächst die Akquise von Unternehmen vor. Jedem Betrieb werden drei Monate System- bzw. Nutzungsgebühr in Höhe von maximal 200 € erstattet. Partner und Sponsoren sind der Landkreis, die Kreishandwerkerschaft Zollernalb (Fleischer- und Bäckerinnung), die DEHOGA Kreisstelle Zollernalb, die Volksbanken Raiffeisenbanken für Sie im Zollernalbkreis sowie die Sparkasse Zollernalb.

Existenzgründungsförderung

Im Rahmen der Existenzgründungsförderung fungiert die WFG als Anlaufstelle für Existenzgründer, Unternehmensnachfolger und Übernehmer von bestehenden Unternehmen. Neben der Ausgabe von Informationsmaterial werden Teilnahmen an Existenzgründungsseminaren der IHK sowie Einzelberatungen der RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft) vermittelt.

Tourismusförderung/Standortmarketing

Impfkampagne

Durch eine überdurchschnittlich hohe Inzidenz im Landkreis sowie zahlreicher Krankenstände in Unternehmen konnte gemeinsam mit Sozialminister Manfred Lucha MdL erreicht werden, im Zollernalbkreis das Modellprojekt „Impfen für Produktionsmitarbeitende“ durchzuführen. Die Kontaktaufnahme zu den Unternehmen sowie die Koordination erfolgte über die WFG. Die Rückmeldungen zu dem Projekt waren sehr positiv.

öffentlich

Gartenschau 2023, Balingen

Für die Gartenschau 2023 in Balingen hat die WFG die Funktion des Sprechers für den Landkreis sowie die Konzeption und die Organisation des Landkreis-Pavillons übernommen. Hier wird sowohl dem Landkreis selbst, als auch den Städten und Gemeinden sowie den touristischen Leistungsträgern eine Bühne geboten, sich zu präsentieren. Die Planungen und Besprechungen dazu liefen das ganze Jahr 2021 über.

Vorträge

Burladings Bürgermeister Davide Licht hatte im März 2021 Burladinger Unternehmen, Gewerbetreibende, Gastronomen und Einzelhändler zu einer Online-Informationsveranstaltung eingeladen, um über die aktuelle Corona-Lage in Hinblick auf Handlungsmöglichkeiten und Hilfen von Land und Bund zu informieren. Neben einer Einschätzung zur aktuellen Corona-Rechtslage vom Leiter des Amtes für Ordnung und Bürgerservice in Burladingen und einem Impulsvortrag der IHK Reutlingen, hielt auch Silke Leibold für die WFG einen kurzen Vortrag und stand danach für Fragen zur Verfügung.

Bei der Online-Veranstaltung „Alb-Tourismus: Mehr als Freude im Gepäck – Gastfreundschaft leben. Vom Tourismus profitieren“ der Denkfabrik Zollernalb informierte WFG-Mitarbeiterin Jasmin Erath per Live-Stream als Expertin über den Tourismus auf der Zollernalb.

Übernachtungszahlen

Die Übernachtungen im Jahr 2021 beliefen sich auf insgesamt 193.266, was einem Corona bedingten Minus von 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Ankünfte lagen bei 72.836. Das ergibt eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 2,7 Tagen. Erfasst wurden die Daten durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg. Seit 2012 werden Betriebe mit weniger als zehn (früher neun) Betten nicht mehr berücksichtigt.

Bearbeitung von Anfragen

2021 gingen bei der Zollernalb-Touristinfo 1.332 Prospektanfragen ein. Zur Reduktion des kosten- und zeitintensiven Prospektversands kann der Großteil der Broschüren online angeschaut und heruntergeladen werden. Im Jahr 2021 geschah dies 8.651 Mal.

Touristische Broschüren

2021 wurden die nachfolgenden touristischen Informationsbroschüren neu aufgelegt:

- Kinderkarte
- Mit den Alb-Guides unterwegs 2021
- SO HOCH. SO TIEF. SO WEIT. 20 ausgewählte Wanderwege auf der Zollernalb
- Wandern wie die Andern – 11 berollbare Wandertouren auf der Zollernalb

Alle Broschüren werden über das Online-Bestellformular auf der Seite www.zollernalb.com, auf Messen, über die örtlichen und übergeordneten Tourismusstellen, über die Gastronomie und Hotellerie oder direkt über die Zollernalb-Touristinfo vertrieben.

öffentlich

Messeauftritte/Veranstaltungen

Zahlreiche Messen und Veranstaltungen, die für 2021 geplant waren, mussten aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Darunter auch mehrere, an denen die WFG vorhatte teilzunehmen.

Messe	Ort	Funktion der WFG	Zeitraum
CMT	Stuttgart	Gesamtkonzeption und -koordination des Messeauftritts der Zollernalb	pandemiebedingt abgesagt
Heimattage	Radolfzell	Gesamtkonzeption und -koordination des Messeauftritts der Zollernalb	pandemiebedingt abgesagt
Familie Zollernalb	Balingen	Gesamtkonzeption und -koordination des Messeauftritts der Zollernalb	pandemiebedingt abgesagt
schön&gut	Münsingen	Koordination des Messeauftritts der Zollernalb	Oktober/ November 2021

Gastgeberbetreuung

Im Jahr 2021 klassifizierte die Zollernalb-Touristinfo 26 Ferienobjekte im Landkreis. Darüber hinaus wurden Betriebe mit dem Siegel „Qualitätsgastgeber Wanderbares Deutschland“ sowie besonders fahrradfreundliche Unterkünfte mit dem „Bett+Bike“ Siegel des ADFC ausgezeichnet. Diese Auszeichnungen sind vor allem im Bereich Qualitätssicherung ein wichtiges Instrument, um neue Gäste zu gewinnen. In diesem Rahmen bietet die WFG zudem Schulungen und Beratungen für Gastgeber an. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Informationen über die Gästekarte der Schwäbischen Alb, die AlbCard, sowie über die Onlinebuchbarkeit. Mit Erfolg, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt. So hat die Zollernalb mit 76 onlinebuchbaren Gastgebern die größte Anzahl auf der Schwäbischen Alb. Erfreulicherweise gab es 2021 einen Anstieg der online gebuchten Übernachtungen um 29,5 Prozent auf 10.714. Der durchschnittliche Buchungsumsatz lag bei 236,14 €, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei 3 Tagen.

Radfahren

Ende 2019 war das Landwirtschaftsamt mit der Idee einer Bauernhof-Tour rund um Winterlingen auf die WFG zugekommen. Mit dieser Tour sollen die Bauernhöfe, die Landwirtschaft und die Kulturlandschaft im Landkreis beworben werden. Das Projekt wurde 2021 weiter vorangetrieben. Neben der Ausarbeitung eines Logos wurden die Standpunkte der Schilder ausgemacht und die Route auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. Die Eröffnung/Einweihung ist für 2022 geplant.

Ein weiteres Radprojekt war die Umsetzung der neuen Landesradfernwegekonzeption. Auf der Zollernalb wurden daraufhin die Wegverläufe des Hohenzollers und des Schwäbische Alb Radweges angepasst. Auch Workshops zur inhaltlichen Ausrichtung sowie die Befahrung zur anschließenden Zertifizierung als Qualitätsroute durch den ADFC fanden 2021 statt. Die Kosten hierfür übernimmt das Land Baden-Württemberg. Die Sterne-Auszeichnung ist Voraussetzung für die weitere Vermarktung der beiden Wege durch die TMBW.

öffentlich

Internetseite www.zollernalb.com

Diese Standortpräsentation ist Basis für ein effektives Standortmarketing und für die Zollernalb ein effizientes Marketinginstrument sowie Kommunikations- und Informationsmedium. 109.197 Besucher informierten sich 2021 auf der Internetseite www.zollernalb.com. Dabei wurden insgesamt 321.552 Seiten aufgerufen. 18,7 Prozent der Nutzer besuchen die Seite regelmäßig.

Die neu gewonnene Responsivität der Website hatte 2021 zur Folge, dass sich das Nutzerverhalten noch mehr in Richtung Smartphone verschob. Ein Blick in die Statistik zeigt: Knapp 77 Prozent aller Nutzer riefen die Seite mit dem Handy auf. 19 Prozent besuchten die Internetseite mit einem PC/Laptop, während etwa 4 Prozent ein Tablet verwendeten.

Der Großteil der Inhalte der Website kommt aus mein.toubiz, der neuen Pflegeplattform für ganz Baden-Württemberg, die durch eine Schnittstelle an den Open Data Pool von Deutschland angebunden ist. Der Umzug der Daten der Zollernalb vom Vorgängersystem in mein.toubiz erfolgte im April 2021. 2.500 Datensätze zuzüglich der Veranstaltungen mussten dafür überarbeitet, neu angelegt, verknüpft und mit entsprechenden Lizenzen versehen werden.

Jakobuswege

Um die landkreisübergreifenden Jakobuswege zu vermarkten, gibt es das Projekt „Jakobuswege zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb“, ein Zusammenschluss der Landkreise Rottweil, Tuttlingen, Schwarzwald-Baar-Kreis und Zollernalbkreis. Der bisherige Internetauftritt wurde von der Agentur aufgrund veralteter Technik gekündigt. Zur Minimierung des Pflegeaufwands entschieden sich die Partner, die Inhalte zukünftig über eine mein.toubiz-Webseite auszuspielen. Änderungen müssen dadurch nur an einer Stelle vorgenommen werden und sind anschließend überall automatisch aktualisiert. Das Jahr 2021 nutzten die Zuständigen, um alle Etappen der 13 Wege sowie die dazugehörigen Punkte anzulegen, zu pflegen und zu verknüpfen.

Pressearbeit

Im Zuge von Corona entstand die gemeinsame Serie „#ZAKerleben“ mit dem ZOLLERNALB-KURIER, die zehn Wochen lang jeden Mittwoch erschien. Die Texte wurden von der WFG geliefert. Ziel war unter anderem eine gewisse Besucherlenkung, um auch auf Wege aufmerksam zu machen, die noch nicht so bekannt und frequentiert sind und damit andere etwas zu entlasten. So gibt es für jeden die passende Tour, abseits von Menschenmassen und dadurch coronakonform.

2021 gab es erstmalig zwei Gästezeitungen für die Schwäbische Alb, eine, wie bisher, vom Schwarzwälder Boten. Die andere neu von der Südwestpresse, welche nun auch die offizielle Gästezeitung des SAT ist. Die WFG ist in beiden mit jeweils einer Doppelseite vertreten.

In der Herbst/Winter-Ausgabe 2021 des STE-SA Magazins durfte sich die Zollernalb mit einer kostenlosen Doppelseite zum Thema Winterfreuden präsentieren. PR-Text und Bilder wurden von der WFG geliefert und vom Verlag umgesetzt.

Verlauf des Geschäftsjahres

Die Bilanzsumme 2021 beläuft sich auf 237.869,49 € (2020: 254.423,88 €).

Die Projekte konnten aus den regelmäßigen Zuwendungen der Volks- und Raiffeisenbanken im Zollernalbkreis (51.129,19 €), der Sparkasse Zollernalb (71.129,19 €) und des Zollernalbkreises (71.129,19 €) finanziert werden. Für die Förderung des Tourismus stellte der Landkreis zusätzlich 110.000 € zur Verfügung. Durch die Zuschüsse und weitere Projekte konnten im Jahr 2021 Umsatzerlöse der WFG in Höhe von 378.052,72 € erzielt werden.

Der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 7.264,65 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Beschäftigt waren im Jahr 2021:

- Geschäftsführerin (mit 80 Prozent Anstellung)
- Vier touristische Fachkräfte (eine mit 100 Prozent Anstellung, eine mit 60 Prozent Anstellung, eine mit 50 Prozent Anstellung, eine mit 30 Prozent Anstellung)

Den Aufsichtsräten werden keine Bezüge gezahlt.



- Name:** **Energieagentur Zollernalb gGmbH**
- Gründung:** 20. März 2008
- Stammkapital:** 25.000 €
- Beteiligte:** Zollernalbkreis (8.650 €)
Kreishandwerkerschaft Zollernalb (2.550 €)
Netze BW GmbH (1.900 €)
Sonnenenergie Zollernalb e.V. (1.250 €)
Albstadtwerke GmbH (3.000 €)
Überlandwerk Eppler GmbH (500 €)
Stadt Balingen (2.300 €)
Stadt Hechingen (1.300 €)
Stadt Haigerloch (700 €)
Stadt Meßstetten (700 €)
Stadt Geislingen (400 €)
Stadt Rosenfeld (400 €)
Gemeinde Rangendingen (300 €)
Gemeinde Bitz (200 €)
Gemeinde Straßberg (150 €)
Gemeinden Dautmergen, Grosselfingen, Nusplingen,
Obernheim, Ratshausen, Zimmern u. d. B., und
Hausen a. T. (je 100 €)
- Organe:** - Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung
- Geschäftsführung:** Willi Griesser



Energieagentur Zollernalb gGmbH

Aufgaben

Aufgaben und Ziele der Energieagentur Zollernalb sind die unabhängige und produktneutrale Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger im Zollernalbkreis zu den Themen:

- Energieeinsparungen, Einsatz erneuerbarer Energien
- Zuschuss- und Förderprogramme
- Erstellung von Energieanalysen
- Vermittlung von Ansprechpartnern für detaillierte Berechnungen und Projektierungen
- Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Schulprojekte
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energie- und Klimaschutz

Die für die Bürger/innen kostenlose Energieberatung beinhaltet als Grundauftrag insbesondere die Themenbereiche der Energieeinsparung unter Einbindung von erneuerbaren Energien bei Neubauplanungen, Altbausanierungen oder Installation von Photovoltaik- und Solaranlagen. Die Energieberatung erfolgt durch fachlich speziell geschulte Energieberater, unabhängig, produktneutral und handwerksübergreifend.

Darüber hinaus hat die Energieagentur den Auftrag, die Zusammenarbeit von Kommunalverwaltungen, Energieversorgern, Handwerkern, Architekten und Planern in Fragen zum Energiesparen und dem Einsatz Erneuerbarer Energien zu koordinieren und zu verbessern.

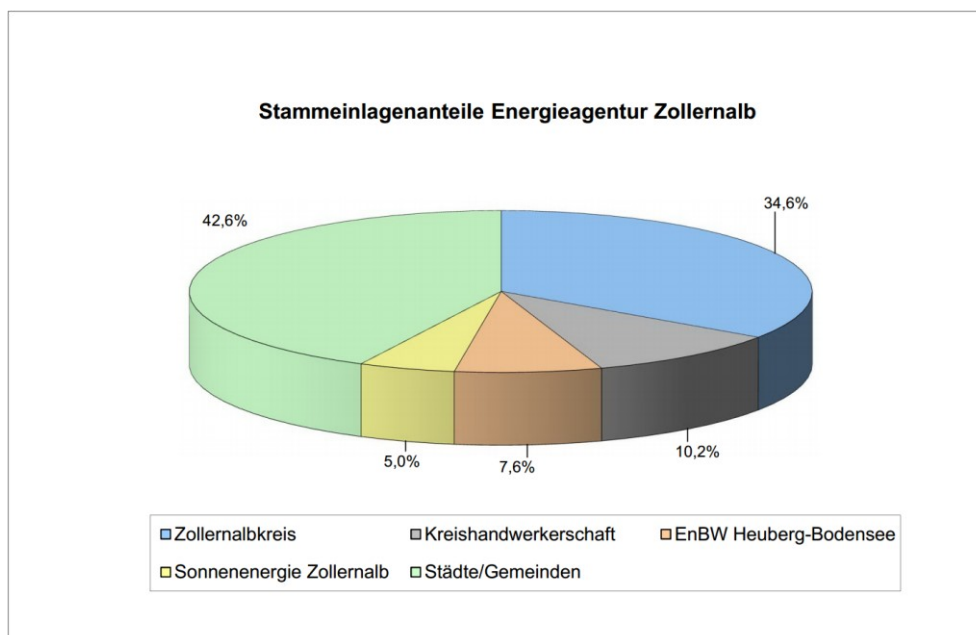
Organe:

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung:

Günther-Martin-Pauli, Landrat

Geschäftsführung:

Willi Griesser



Stand der Aufgabenerfüllung

Das mit Gründung der Energieagentur Zollernalb 2008 vorrangig verfolgte Ziel einer unabhängigen und produktneutralen Energieberatung ist in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich umgesetzt worden. Mit mehr als 13.000 Beratungen, in den vergangenen Jahren und einer Vielzahl von Projekten hat sich die Energieagentur als wichtiger Ansprechpartner und gefragter Dienstleister für den Bereich Energie- und Klimaschutz im Landkreis etabliert.

Ausgehend von dieser grundlegenden Beratungstätigkeit hat die Energieagentur bei Projektarbeiten mit den Zielgruppen Kommunen sowie klein- und mittelständischen Unternehmen, weitere Tätigkeitsfelder sehr erfolgreich bearbeitet. In den Themenfeldern „Fachliche Weiterbildung“ mit Schulungen und Vorträgen, Schulprojekten und dem vielfältigen Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, arbeitet die Energieagentur Zollernalb in den zunehmend wichtigen Bereichen von Energieeinsparung, Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien.

Diese umfangreichen Aufgabenfelder werden derzeit mit vier bei der Energieagentur fest angestellten Personalstellen und bei Bedarf mit dem Einsatz von Honorarkräften bewältigt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 wurde am 21.7.2022 erstellt und soll nach Prüfung durch das Kreisrechnungsprüfungsamt, in der Sitzung am 29.9.2022 durch die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Zollernalb beschlossen werden.

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.954 € (Vorjahr + 24.105 €) abgeschlossen.

Die Bilanzsumme im Wirtschaftsjahr 2021 beläuft sich auf 280.276 € (Vorjahr 315.916 €).



SWEG

Name: **Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH**

Gründung: 1963

Stammkapital: 8.200.000 €

Beteiligte: Land Baden-Württemberg (95,0 %)
Landkreis Sigmaringen (2,5 %)
Zollernalbkreis (2,5 %)

Organe: - Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Geschäftsführung: Tobias Harms, Ettlingen
Dr. Thilo Grabo, Bruchsal

öffentlich

Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG)

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft entstand mit der Eintragung in das Handelsregister am 7.10.2021 durch eine formwechselnde Umwandlung der Aktiengesellschaft SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG gemäß §§ 190 ff UmwG. Seitdem firmiert die Gesellschaft in der Rechtsform der GmbH unter dem Namen SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH.

Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 28.9.2021.

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Personen- und Güterverkehren auf Schiene und Straße sowie die Schaffung und Unterhaltung der hierzu erforderlichen Anlagen und Einrichtungen, die Betätigung im Speditions-, Lagerei- und Reisebürogewerbe, Bau und Betrieb von eigenen und fremden Eisenbahninfrastrukturen für Personen und Güterverkehr sowie Beratung in Verkehrsfragen.

Die Gesellschaft kann ferner Geschäfte jeder Art durchführen, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen beteiligen und diese unter ihrer Leitung zusammenfassen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **8.200.000 EUR**.

Der **Zollernalbkreis** ist mit **2,5 %** am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

Die Gesellschafterverhältnisse stellen sich am Abschlusstichtag 13.12.2021 wie folgt dar:

Land Baden-Württemberg	95 %
Landkreis Sigmaringen	2,5 %
Zollernalbkreis	2,5 %
Gesamt	100 %

Die Beteiligungen der SWEG GmbH stellen sich dabei wie folgt dar:

SWEG Schienenwege GmbH (SSG)	100,00 %
Trapico GmbH (TR)	100,00 %
Offenburger Stadtbuss-Schlüsselbus GmbH	100,00 %
SWEG Bus Region Baden-Württemberg GmbH (SBW)	100,00 %
Fahrzeuggestaltung Baden-Württemberg GmbH	90,00 %
Tarifverbund Ortenau GmbH (TGO)	47,00 %
Regio-Verkehrsbund Lörrach GmbH (RVL)	32,00 %

Der Betrieb der Ortenau-Regio-Bus GmbH (Vorjahr: Beteiligung 100 %) wurde im Rahmen eines Betriebsübergangs zum 30.6.2021 auf die SWEG GmbH übertragen und danach in die SWEG Bus Infrastrukturmanagement GmbH umbenannt.

Als Konzernmuttergesellschaft verfügt die SWEG GmbH unverändert über die Geschäftsfelder Eisenbahn- und Kraftverkehr. Im Rahmen der neuen Konzernstruktur wurden im Jahr 2021 im Ge-



öffentlich

schäftsfeld Kraftverkehr alle unternehmerischen Aktivitäten in der SWEG Bus Region Baden-Württemberg GmbH vereinigt. Im Zuge dessen wurden 14 neue Gesellschaften (z. B. SWEG Bus Flottenmanagement GmbH oder die SWEG Bus Verkehr SEV GmbH) gegründet, wobei die SWEG Bus Region Baden-Württemberg GmbH an diesen jeweils 100 % der Anteile hält.

Ferner wurden die Geschäftsanteile an der NVW Nahverkehr Mittelbaden Walz GmbH sowie an der Regio Verkehrsgesellschaft Oberrhein GmbH mit Wirkung zum 1.1.2021 an die SWEG Bus Region Baden-Württemberg GmbH verkauft.

Geschäftsführung, Landkreisvertreter im Jahr 2021

Die Geschäftsführung hatten im Berichtsjahr Herr Tobias Harms (Vorsitzender) sowie Herr Dr. Thilo Grabo inne.

Vorsitzender des Aufsichtsrates war bis 31. Dezember 2021 Herr Ministerialdirektor Prof. Dr. habil. Uwe Lahl. Ab dem 1. Januar 2022 bekleidete Herr Minister Winfried Hermann die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden. Vertreter des Zollernalbkreises im Aufsichtsrat ist Landrat Günther-Martin Pauli.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH führt die Verkehre entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und entsprechend der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung durch.

Verlauf des Geschäftsjahres

Die Konzernmuttergesellschaft weist für das Berichtsjahr 2021 einen Jahresfehlbetrag von - 3.452.904,12 EUR (Vorjahr: -693.072,15 EUR) aus.

Die Bilanzsumme beträgt für das Jahr 2021 355.694.181,86 EUR (Vorjahr: 356.642.719,29 EUR).

Die im Geschäftsjahr 2021 wurden 1.427 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 1.354).



Name:	Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH
Gründung:	20. Dezember 2000
Stammkapital:	40.000 €
Beteiligte:	Stand 31. Dezember 2021 Zollernalbkreis (4.800 €, 12,00 %) Landkreis Reutlingen (12,50 %) Landkreis Sigmaringen (12,50 %) Landkreis Tübingen (12,50 %) Landkreis Rottweil (0,50 %) DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) (15,25 %) SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG (HzL) (7,50 %) Regionalverkehr Neckar-Donau GmbH (RND) (8,0 %) Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft mbH Hogenmüller & Kull Co. KG (RSV) (6,00 %) TüBus GmbH (SWT) (4,50 %) Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA) (1,50 %) Omnibus-Verkehr Ruoff GmbH (OVR) (0,75 %) Stadtwerke Rottenburg am Neckar GmbH (0,50 %) Weiss & Nesch GmbH (1,00 %) Edel GmbH & Co. KG (1,375 %) KVB Sigmaringen GmbH, Sigmaringen (1,00 %) Abellio Rail Baden-Württemberg GmbH (1,875 %) Kurz Omnibusverkehr GmbH (0,75 %)



öffentlich

- Organe:**
- Gesellschafterversammlung
 - Aufsichtsrat
 - Geschäftsführung

Geschäftsführung: Dieter Pfeffer, Balingen bis 28.2.2021
Christoph Heneka, Hechingen ab 1.3.2021

Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo), Hechingen

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalbkreis und die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einschließlich Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in diesen Landkreisen. Die Gesellschaft nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Koordination des ÖPNV und SPNV im Verbundgebiet
- Fortschreibung des Verbundtarifes und der Beförderungsbedingungen
- Abschluss eines Einnahmezuscheidungsvertrages und eines Einnahmeaufteilungsvertrages, Durchführung der Einnahmeaufteilung sowie Abwicklung der Verbundfinanzierung
- Abschluss von Zusammenarbeitsverträgen mit den Verkehrsunternehmen
- Erstellung von Verkehrsanalysen und Entwicklung von Verkehrsplanung, Konzeption von Betriebstechnologien und Technik, umweltfreundliche Gestaltung
- Fahrgastinformation, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit für den Verbundverkehr
- Rahmenplanung des Liniennetzes
- Unterstützung der Landkreise bei der Änderung und Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebene Nahverkehrspläne
- Entwicklung und Fortschreibung von Fahrplankonzepten

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessensgemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

Die Gesellschaft wirkt gegenüber ihren Gesellschaftern und deren Verkehrsunternehmen betriebs-, interessen- und wettbewerbsneutral.

Die Gesellschaft wird die betriebliche Zusammenarbeit der Gesellschafter fördern.

öffentlich

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beläuft sich auf 40.000 €.

Die Gründungsgesellschafter haben folgende Stammeinlagen eingebracht:

Landkreis Reutlingen	5.000 €
Landkreis Sigmaringen	5.000 €
Landkreis Tübingen	5.000 €
Zollernalbkreis	4.800 €
Landkreis Rottweil	200 €
Verkehrsunternehmen	20.000 €

Besetzung der Organe

Dem Aufsichtsrat gehören bzw. gehörten im Berichtsjahr an (Stand 31.12.2021):

Gesellschafter	Aufsichtsratsmitglieder
Landkreis Reutlingen	Dr. Ulrich Fiedler Landrat
	Sven Probst Hohenneuffenstr. 23 72587 Römerstein
Landkreis Sigmaringen	Vorsitzende des Aufsichtsrats Stefanie Bürkle Landrätin Leopoldstr. 4 72488 Sigmaringen
	Sabine Hug Kirchplatz 6 88636 Illmensee
Landkreis Tübingen	Joachim Walter Landrat Doblerstr. 13 72074 Tübingen
	Simon Baur Weingärtle 19 72108 Rottenburg/N.
Zollernalbkreis	Günther-Martin Pauli Landrat Hirschbergstr. 29 72336 Balingen
	Reinhold Schäfer Erster Bürgermeister Färberstr. 2 72336 Balingen



öffentlich

DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH	Andreas Pfingst Geschäftsführer Karlstr. 31 – 33 89073 Ulm
	Martin Pöhler Karlstr. 31 – 33 89073 Ulm
	Dieter Unseld Geschäftsführer Karlstr. 31 – 33 89073 Ulm
SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH	Tobias Harms Vorstand Bahnhofstr. 21 72379 Hechingen
Regionalverkehr Neckar-Donau GmbH	Thomas Maas Gebr. Maas GmbH + Co KG Wilhelm-Kraut-Str. 6 72336 Balingen
	Claudia Groß Geschäftsführerin Omnibus Groß GmbH Mechthildstr. 14 72108 Rottenburg
Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft mbH Hogenmüller & Kull Co.KG	Bernd Kugel Am Heilbrunnen 116/118 72766 Reutlingen
TüBus GmbH	Hans-Dieter Zeutschel Geschäftsführer Eisenhutstr. 6 72072 Tübingen
Beratend: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg	Peter Dittus Hauptstätterstr. 67 70178 Stuttgart

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 2.699,84 €

Geschäftsführer: bis 28.2.2021 Dieter Pfeffer, Balingen
ab 1.3.2021 Christoph Heneka, Hechingen

öffentlich

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Gesellschaft wirkt gegenüber ihren Gesellschaftern und deren Verkehrsunternehmen betriebs-, interessen- und wettbewerbsneutral.

Die Gesellschaft wird die betriebliche Zusammenarbeit der Gesellschafter fördern.

Die Gesellschafter decken den sich aus dem jährlichen Wirtschaftsplan der Gesellschaft ergebenden Eigenaufwand der Gesellschaft, der nicht durch Erträge gedeckt wird, über Zuschüsse ab.

Von der sich in den einzelnen Jahren ergebenden Aufwandsunterdeckung ist die Hälfte über einen Zuschuss der vier Landkreise zu gleichen Teilen, die andere Hälfte über Zuschüsse der Verkehrsunternehmen zu decken.

Sofern die Gesellschafter vom Land Baden-Württemberg Zuwendungen zu den Aufwendungen des Verkehrsverbundes erhalten, werden diese an die Gesellschaft weitergegeben.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2021 wurde, wie bereits das Vorjahr, durch die Corona-Pandemie bundesweit volkswirtschaftlich deutlich beeinträchtigt. Nach dem 5 %-igen Abschwung im Vorjahr, legte die Wirtschaftsleistung um 2,7 % zu (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt). Bei leicht steigender Erwerbstätigkeit nahm die Zahl der Arbeitslosen moderat um 0,1 Mio. ab. Während die [Dienstleistungsbereiche](#) nach wie vor durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eingeschränkt waren, zeigte sich die Industriekonjunktur vergleichsweise robust. (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).

Deutliche Veränderungen gab es bei der Erwerbstätigkeit mit der Möglichkeit mobil zu arbeiten. Nach ersten Schätzungen stiegen die Zahl der Arbeitsplätze im Home-Office von unter 4 % vor der Pandemie auf inzwischen fast 25 % (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung).

Verbundentwicklung

Tarif:

Zum 1.1.2021 wurde Dußlingen auf die Wabengrenze verlegt. Bei Fahrten von Dußlingen nach Tübingen oder über Tübingen hinaus wird ab Januar 2021 die Wabe Mössingen nicht mehr mitgezählt, so dass sich die Preisstufe reduziert.

Da die Bundesförderung zum 30.6.2021 endete und es keine Anschlussfinanzierung gab, wurde zum 1.7.2021 die Preisstufe 20 in der Wabe Reutlingen auf das Niveau der Preisstufe 1 angepasst und es wurden somit keine abgesenkten Tarife mehr in der Wabe 20 angeboten. Die Preise der Preisstufe 20 sind ab 1.7.2021 wieder identisch zur Preisstufe 1.

Wegen Reaktivierung der „Biberbahn“ zum 18.7.2021 wurde die VHB-Übergangsregelung eingeführt.

öffentlich

Einnahmeaufteilungsverfahren (EAV):

Seit der Verbundgründung erfolgt die Aufteilung der Einnahmen nach wie vor auf der Basis des Alteinnahmeverfahrens und bildet nach den zahlreichen Veränderungen im Verbundnetz und seiner Grenzen die Realität nicht mehr ausreichend ab.

Für das Ende 2019 in die Wege geleitete Projekt zur Entwicklung eines neuen Verfahrens für die EAV wurde das Büro WVI, Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH mit Sitz in Braunschweig mit der fachlichen Begleitung beauftragt.

Die ersten Arbeitskreissitzungen fanden noch in 2020 statt, in 2021 folgten sieben weitere Sitzungen. Inzwischen wurde dort das „Ertragskraftverfahren“ als Basismodell beschlossen, für die Dynamisierung der Fahrgeldeinnahmen, die erforderlich werdende Migration und die Fahrgasterhebung Modelle erstellt. Entgegen der ursprünglichen Planung konnte in 2021 die Arbeit des Arbeitskreises nicht abgeschlossen werden. Unverändert besteht jedoch die Zielsetzung in 2023 die Fahrgasterhebung durchzuführen, wenngleich für die Entscheidung über den letztendlichen Erhebungsbeginn die Beeinträchtigung durch die Corona-Pandemie die entscheidende Rolle spielen wird.

Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage:

Die in 2021 erfolgswirksam ausgewiesenen Aufwandszuschüsse i. H. v. 1.733 T€ (i. V. 1.648 T€) sowie die sonstigen Erträge i. H. v. insgesamt 16 T€ (i. V. 16 T€) decken den Eigenaufwand der Gesellschaft i. H. v. 1.749 T€ (i. V. 1.679 T€) ab. Der Eigenaufwand der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für bezogene Leistungen i. H. v. 8 T€ (i. V. 8 T€), Personalaufwendungen i. H. v. 894 T€ (i. V. 881 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen i. H. v. 735 T€ (i. V. 670 T€).

Durch die Abdeckung des jährlichen Eigenaufwands der Gesellschaft über Aufwandszuschüsse der Gesellschafter weist die Gesellschaft im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

Finanzlage:

Aufgrund der guten Liquiditätslage konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 jederzeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Vermögenslage:

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist in der Bilanz zum 31. Dezember 2021 auf der Aktiva vor allem durch den Bestand an flüssigen Mitteln (717 T€) sowie durch die Wertpapiere des Umlaufvermögens (500 T€) und auf der Passiva durch das Eigenkapital (440 T€), die Rückstellungen (561 T€) und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (423 T€) geprägt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft i. H. v. 440 T€ hat sich durch das ausgeglichene Jahresergebnis in 2021 nicht verändert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 30,3 % (i. V. 31,0 %).

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die erfolgswirksam vereinnahmten, aber noch nicht verwendeten Aufwandszuschüsse zur Abdeckung des Eigenaufwands der Gesellschaft abgegrenzt.

Investitionen:

In 2021 wurden Investitionen i. H. v. 127 T€ in immaterielle Vermögensgegenstände sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt. Die Investitionen betrafen insbesondere Software-Erweiterungen und einige Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Personal- und Sozialbereich:

Der Personalstand zum 31.12.2021 betrug einschließlich Geschäftsführer zwölf Mitarbeitende, davon drei Teilzeitkräfte. Aufgrund der pandemiebedingten Mehrarbeiten im Geschäftsjahr 2021 sind verstärkt Überstunden und noch nicht genommener Urlaub aufgelaufen.

Risikomanagement

Die Geschäftsleitung wird regelmäßig durch ein monatliches Berichtswesen über wichtige Unternehmenskennzahlen informiert. Eine wichtige Rolle spielen dabei die durch Verkehrsunternehmen vereinnahmten Fahrgelderlöse sowie die Kosten der Gesellschaft. Die Zahlen und ihre Veränderungen werden erläutert, Planabweichungen besprochen und nötige Maßnahmen festgelegt. Zusätzlich wird die Geschäftsleitung laufend über den Finanzstatus und Finanzbewegungen informiert.

Um Haftungsrisiken aus potenziellen Schadensfällen zu vermindern und mögliche Verluste hieraus zu vermeiden, hat das Unternehmen entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Chancen- und Risikobericht

Nach § 6 Gesellschaftsvertrag decken die Gesellschafter den Eigenaufwand der Gesellschaft, der nicht durch Erträge abgedeckt ist, durch Zuschüsse ab; dadurch besteht bei der Gesellschaft kein Ertragsrisiko. Risiken, die für sich genommen oder im Zusammenwirken mit anderen Faktoren bestandsgefährdend wirken könnten, sind derzeit nicht ersichtlich.

Prognosebericht

Am Ende des 1. Quartals 2021 zeichnet sich ab, dass der ÖPNV auch im weiteren Verlauf des Jahres eindeutig durch die Corona Pandemie bestimmt sein wird. Dies führt primär zu anhaltenden Einnahmeausfällen auf Unternehmerseite und möglicherweise zu temporären oder sogar bleibenden Mehrbelastungen aufgabenträgerseitig.

Für den Verbund entsteht erneut eine Mehrbelastung durch den zusätzlichen Arbeitsanfall. Dieser wird jedoch durch den vorhandenen Personalkörper gedeckt, die entstehenden Überstunden und die Mehraufwendungen für die Corona-Vorsorge können voraussichtlich im Rahmen des genehmigten Wirtschaftsplans aufgefangen werden.

Für das Gesamtjahr sind im genehmigten Wirtschaftsplan Aufwendungen von 1.826 T€ geplant, die durch Zuwendungen, Erträge und Zuschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.



ISBA gGmbH

- Name:** **ISBA gGmbH, Balingen**
- Gründung:** 10. November 1992
- Stammkapital:** 100.000 €
- Beteiligte:** Stiftung Lebenshilfe Zollernalb, Balingen (52 %)
Zollernalbkreis (24 %)
Stadt Balingen (24 %)
- Organe:** - Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung
- Geschäftsführung:** Holger Klein, Albstadt
Dr. Monika Betz, Bisingen



ISBA gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der gemeinnützigen Gesellschaft ist die Förderung des Wohlfahrtswesens in Form der Unterstützung von erwachsenen Menschen mit seelischer Behinderung/psychischer Erkrankung. Die Gesellschaft unterhält tagesstrukturierende Maßnahmen und Einrichtungen mit den Schwerpunkten Arbeit und Qualifikation sowie ambulante Dienste und Angebote.

Es handelt sich hierbei insbesondere um öffentliche Aufgaben, welche die ISBA gGmbH im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips übernommen hat.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.

Gesellschafter sind:

Stiftung Lebenshilfe Zollernalb, Balingen	52.000 €
Zollernalbkreis	24.000 €
Stadt Balingen	24.000 €

Besetzung der Organe

Die 3 Gesellschafter haben in der Gesellschafterversammlung je 1.000 € Stammeinlage eine Stimme.

Der Gesellschafterversammlung gehören folgende rechtliche Vertreter der Gesellschafter an:

Für die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb	Stiftungsratsvorsitzender Eberhard Wiget
Für den Zollernalbkreis	Landrat Günther-Martin Pauli
Für die Stadt Balingen	Oberbürgermeister Helmut Reitemann

Geschäftsführer sind	Holger Klein, Albstadt
und	Dr. Monika Betz, Bisingen

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

In 2021 haben durchschnittlich 232 Menschen mit einer psychischen Behinderung in den Werkstätten in Balingen und in der Zweigwerkstatt in Albstadt-Ebingen sowie an verschiedenen Außenarbeitsplätzen gearbeitet. Gegenüber den beiden Vorjahren ist dies ein Anstieg um über 7 %.

öffentlich

Bei zwischenzeitlich 217 Plätzen (96 Plätze in Balingen, Fischerstraße 20, 35 Plätze in Balingen, Fischerstraße 18 und 86 Plätze in Albstadt-Ebingen, Zieglerstraße 15) ergibt sich eine Auslastung von knapp 107 %.

Im zweiten Quartal 2022 kamen zwischenzeitlich in Hechingen noch 60 Arbeitsplätze hinzu, so dass künftig 277 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Kostenträger für die Maßnahmen waren

im Arbeitsbereich für	188 (VJ 175) Personen die Sozialämter und
im Berufsbildungsbereich für	44 (VJ 40) Personen die Sozialversicherungsträger.

Die Beschäftigung erfolgt in den Bereichen Montage, Digital- und Tampondruck, Logistik, Metallbearbeitung, Laserbeschriftung, Kabelkonfektion, Elektronikfertigung, Hilfsmittel-Logistik, Kfz-Schilderstelle bei der Zulassungsstelle in Hechingen, in der Fahrradreparatur und im Fahrradverkauf, in der Schreinerei, in einer Kfz-Werkstatt sowie in der Maultaschen-Manufaktur.

Die Umsatzerlöse haben sich im Jahr 2021 deutlich um 15,12 % auf 10.418.213,01 € (VJ 9.049.819,79 €) erhöht und setzen sich zusammen aus:

Umsatztätigkeit	6.650.122,30 € (VJ 5.529.208,87 €)
Vergütungssatz-Einnahmen	3.768.090,71 € (VJ 3.520.610,92 €)

Eine höhere Umsatztätigkeit mit Unternehmen und Endkunden, als im Bereich der Vergütungssatzeinnahmen, ist im Werkstätten Bereich (WfbM) untypisch und liegt an einem vergleichsweise höheren Materialaufwand, aber auch an den gut entwickelten Geschäftsfeldern der ISBA gGmbH.

Mit 861.872,07 € (VJ 126.606,82 €) ist das Jahresergebnis im Jahr 2021 stark angestiegen

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2021 auf 3.829.522,41 € (VJ 3.612.067,60 €) erhöht. Dies ist überwiegend auf den Jahresüberschuss zurückzuführen.

Das Eigenkapital ist dadurch ebenfalls auf 3.274.796,48 € (VJ 2.412.924,41) angestiegen.

Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital in Höhe von 100.000,00 €, den Gewinnrücklagen in Höhe von 2.312.924,41 € und dem Jahresüberschuss in Höhe von 861.872,07 €.

Der Balingener Standort an unserem Firmensitz hat sich im zurückliegenden Jahr weiterhin stabil entwickelt.

Nachdem noch im Jahr 2020 bei dem größten Kunden der ISBA gGmbH in unserem Betrieb in Albstadt-Ebingen ein Auftragseinbruch zu verzeichnen war, so hat dieses Unternehmen im Jahr 2021 mit einer Sonderkonjunktur zu einem deutlichen Umsatz- und Ertragsplus beigetragen. Dies lag daran, dass die elektronischen Schlösser mit berührungsfreien Öffnungsmöglichkeiten, welche bei uns beauftragt werden, im Rahmen der Corona Vorsorge öffentlich bezuschusst wurden.

öffentlich

Der Vertrag des Hilfsmittel-Logistik-Centers in Gammertingen wurde zwischenzeitlich verlängert und läuft entsprechend der aktuellen Vereinbarung noch bis 30.9.2023. Hier liefern wir im Auftrag der AOK – Die Gesundheitskasse Hilfsmittel wie Rollstühle und Pflegebetten in die Regionen Sigmaringen, Ulm, Biberach, Ravensburg und Friedrichshafen aus. Insgesamt versorgen wir dabei circa 450.000 AOK-Versicherte.

Die Kfz-Kennzeichen-Stelle bei der Zulassungsstelle in Hechingen ist weiterhin ein wichtiges Arbeitsangebot, das wir in enger Kooperation mit unserem Landkreis anbieten. Turnusgemäß wurde dieses Mietverhältnis zum 31.12.2021 gekündigt und neu ausgeschrieben. Hier haben wir erneut den Zuschlag erhalten. Aus heutiger Sicht ist es jedoch fraglich, wie lange die Zulassungsstelle unseres Landkreises eine Außenstelle in Hechingen betreiben wird.

Seit Oktober 2018 bieten wir bislang in Bisingen und seit April 2022 in Hechingen eine Fahrradwerkstatt mit Fahrradhandel an. Dort sind bislang 6 Arbeitsplätze entstanden. Dieses Arbeitsprojekt wird nach wie vor von Endkunden sehr gut angenommen. Probleme gibt es jedoch hinsichtlich nicht oder nur sehr schlecht funktionierender Lieferketten.

Die Tagesstätte am Obertorplatz in Hechingen wird seit dem 1.1.2020 als eigene Abteilung unserer ISBA gGmbH betrieben und ist im Laufe des Aprils 2022 ebenfalls in die dafür neu errichteten Räumlichkeiten in der Hechinger Martinstraße eingezogen.

Seit November 2017 besteht der Club Lebenswert. Im Rahmen dieser sogenannten Offenen Hilfen bieten wir mit Veranstaltungen und Aktivitäten ein Mehr an Teilhabe und Freizeitqualität für psychisch kranke Menschen. Zwischenzeitlich findet verstärkt ein Leben mit den Corona-Herausforderungen statt, anstelle, dass man Angebote Corona bedingt komplett schließt oder wesentlich eingrenzt.

Bei unserem Landkreis haben wir eine Vergütungsvereinbarung für den Zuverdienst Bereich im Februar 2021 beantragt. Diese soll nun in den kommenden Wochen abgeschlossen werden. Das hilft uns, dieses schon seit Jahrzehnten kostenlos vorgehaltene und quersubventionierte Angebot besser als bislang auf eigene Beine zu stellen und professionell anzubieten.

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2021 sah ein Ergebnis in Höhe von 140.194 € vor. In der im vierten Quartal 2021 erstellten Hochrechnung wurde bereits von einem Jahresüberschuss in Höhe von 657.337 € ausgegangen. Letztendlich konnte das Jahr nun mit einem Jahresüberschuss von 861.872,07 € abgeschlossen werden. Darin enthalten sind noch Nachholeffekte aus dem schwierigen Pandemie-Jahr 2020 und Zahlungen aus dem Corona-Teilhabefond. Ein angestauter Konjunkturschub hat unserer wirtschaftlichen Situation gutgetan.

Nach zwei eher schwierigeren Jahren gibt uns dieses Jahresergebnis eine gute Ausgangslage für die vor uns liegende Zeit mit ihren großen Herausforderungen. Dies ist gerade im Hinblick auf die hohen Anlaufkosten des gemeindepsychiatrischen Zentrums in der Hechinger Martinstraße und hinsichtlich der schwierigen weltwirtschaftlichen Situation mit fraglichen Lieferketten, der bedrohten Verfügbarkeit von Energie und stark steigenden Aufwandspositionen im Besonderen von Bedeutung.

öffentlich

Die Engpässe und steigende Kosten bei den Materialien können oftmals nicht sofort und zum Teil auch nicht in vollem Umfang an die Kunden weitergegeben werden.

Voraussichtlich zum Jahreswechsel wird unsere Schwestergesellschaft LHZA gGmbH als Eigentümerin unseres Betriebsgebäudes in der Fischerstraße 20 in Balingen mit einer Baumaßnahme beginnen. Dort soll die aktuell sehr beengte Schreinerei räumlich entzerrt werden und zusätzliche Lagermöglichkeiten geschaffen werden. Im Obergeschoss wird der Elektronikbereich einziehen und die Zuverdienst Arbeitsplätze werden eine geeignete Fläche bekommen.

Darüber hinaus müssen wir auch in den bestehenden Bereichen in unsere technologische Ausstattung investieren und die Digitalisierung voranbringen.

Wir rechnen in den kommenden Jahren zudem mit hohen Investitionen in das Personal und somit insgesamt mit stark ansteigenden Teuerungsraten.

Dies alles wird unsere Liquidität und Wirtschaftlichkeit in den kommenden Jahren sehr belasten und eine solide Ergebnisentwicklung erschweren.

Für das Jahr 2022 wurde mit einem Gesamtergebnis in Höhe von 224.701 € geplant.

Insgesamt ist es aus heutiger Sicht realistisch, dass wir das hier geplante Ergebnis erreichen bzw. aus aktueller Sicht auch übertreffen können.

Eine Hochrechnung für das Jahr 2022 wird dem Landkreis im Rahmen des Wirtschaftsplans Ende dieses Jahres zur Verfügung gestellt. Das Jahr 2023 steht unter wirtschaftlich schwierigen Vorzeichen.

Unsere Lebenshilfe Zollernalb strebt auf Grundlage der Werte und Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention und des Bundesteilhabegesetzes eine moderne Ausrichtung ihrer Angebote an. Es soll mehr inklusiv und personenzentriert gearbeitet werden und bezüglich der Personenkreise und der Leistungstypen muss eine bessere Durchlässigkeit sichergestellt werden.

Eine moderne Behindertenhilfe trennt weniger in Personenkreise und auch weniger nach Schwere der Behinderung, sondern strebt eine Zusammenarbeit aller auf Augenhöhe an.

In diesem Zuge möchten wir dies auch in unserer Organisation so abbilden und die operativen GmbHs der ZAW gGmbH, der AIZ gGmbH und unserer ISBA gGmbH miteinander verschmelzen. Dies soll im Laufe des Jahres 2023 rückwirkend zum 1.1.2023 erfolgen.

Die Gremienbeschlüsse unserer Mitgesellschafter der Stadt Balingen und des Zollernalbkreises vorausgesetzt, würde dann die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb die alleinige Gesellschafterrolle übernehmen.

Die bewährte und gute Zusammenarbeit mit den bisherigen Gesellschaftern soll dann in einem anderen Format fortgeführt werden.



- Name:** Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH
- Gründung:** 19. Dezember 2003
- Stammkapital:** 53.600,00 €
- Beteiligte:** Zollernalbkreis (6,62 %)
Landkreis Tübingen
Landkreis Reutlingen
33 Städte und Gemeinden der Landkreise Tübingen, Reutlingen und Zollernalbkreis
Regionalverband Neckar-Alb
Handwerkskammer Reutlingen
Industrie- und Handelskammer Reutlingen
- Organe:** - Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer
- Geschäftsführung:** Dr. Markus Nawroth, Bereichsleiter Standortpolitik der IHK Reutlingen



Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen der Kommunalen Aufgabenerfüllung die Entwicklung, Bündelung und Durchführung von Maßnahmen des Standortmarketings für die Region Neckar-Alb zur Stärkung der Region Neckar-Alb, insbesondere auch innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart. Zum Unternehmenszweck gehören sämtliche damit zusammenhängenden und den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH ist ein Zusammenschluss aus 33 Städten und Gemeinden der Landkreise Tübingen, Reutlingen und Zollernalbkreis, den drei Landkreisen, dem Regionalverband Neckar-Alb, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer. Sie ist am 19.12.2003 gegründet worden.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 53.600 €.

Davon entfallen

- auf die Mitglieder der Gruppe Kommunen zusammen Anteile von ca. 60 %
- auf die Mitglieder der Gruppe Wirtschaft zusammen Anteile von ca. 40 %

Der Anteil des Zollernalbkreises beträgt 3.550 € = 6,62 %

Organe

Geschäftsführer der Standortagentur ist Dr. Markus Nawroth, Bereichsleiter Standortpolitik der IHK Reutlingen.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus 20 berufenen Mitgliedern und 20 persönlichen Stellvertretern zusammen. Er wurde für die Wahlperiode vom 2020 - 2024 neu konstituiert. Zwölf der Aufsichtsräte stellt die Gruppe Kommunen, acht die Gruppe Wirtschaft. Aufsichtsratsvorsitzender ist Thomas Keck, Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen. Stellvertretender Vorsitzender ist der Präsident der IHK, Christian O. Erbe.

Der Zollernalbkreis wird im Aufsichtsrat vertreten durch Landrat Günther-Martin Pauli. Zwei weitere Vertreter des Zollernalbkreises sind die Oberbürgermeister der Städte Albstadt und Balingen, Herr Konzelmann und Herr Reitemann.

Ein weiteres Organ der GmbH ist die Gesellschafterversammlung.

öffentlich

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Standortagentur hat sich das Marketing für die gesamte Region zum Ziel gesetzt, ohne das Subsidiaritätsprinzip zu verletzen und in Konkurrenz zu kommunalen Maßnahmen des Standortmarketings bzw. der Wirtschaftsförderung zu treten. Mit Marketing- und Werbe-Maßnahmen und einem informativen und ansprechenden Internetportal sollen die Stärken der Region bekannter gemacht werden. Die Region sieht ihre Stärken in Wirtschaft, Wissenschaft, Landschaft. Mit diesen drei Begriffen wird auch geworben. Im Mittelpunkt stehen die regionalen Schwerpunktbranchen Textilien/Technische Textilien, Medizintechnik, Biotechnologie, Automotive/E-Mobilität/Wasserstoff, Maschinenbau und Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz. Hinzugekommen ist das Thema Fachkräftewerbung.

Es sollen Kooperationen, Investitionen und Informationsaustausch gefördert und somit die Wirtschaftskraft der Region gesteigert werden. Angesprochen werden nicht nur potentielle Investoren aus dem In- und Ausland, sondern ebenso qualifizierte Fach- und Führungskräfte.

Die einzelnen Projekte der Standortagentur werden von der Geschäftsstelle vorgeschlagen, die Gesellschafter können jederzeit Vorschläge miteinbringen. Im Aufsichtsrat kommt es dann zur Entscheidung über diese Vorschläge. Die gemeinsame Finanzierung von Projekten durch die Kommunen auf der einen und die Wirtschaftskammern auf der anderen Seite bildet die Basis für diese regionalen Kooperationen.

Das Projektvolumen belief sich wie im Vorjahr auf 250.000 €. Basierend auf diesem Projektvolumen wird die jährliche Budgetplanung erstellt. Der Jahresfehlbetrag entstand durch die Projektfinanzierung aus dem Gewinnvortrag-Übertrag aus dem Vorjahr.

An den Projektkosten ist der Zollernalbkreis mit jährlich 19.000 € beteiligt.

Das Bilanzvolumen belief sich zum 31.12.2021 auf 159.131,58 € (VJ 147.012,12 €)

Das Eigenkapital in Höhe von	153.382,76 € teilt sich auf in
gezeichnetes Kapital	53.600,00 €
Gewinnvortrag	85.770,70 €
Jahresüberschuss	14.012,06 €



Komm Pakt Net
Kommunaler Pakt zum Netzausbau

Name: **Kommunaler Pakt zum Netzausbau (Komm.Pakt.Net)**

Gründung: 4. November 2015

Stammkapital: 72.765 €

Mitglieder: Alb-Donau-Kreis
Landkreis Biberach
Bodenseekreis
Landkreis Freudenstadt
Landkreis Ravensburg
Ostalbkreis
Landkreis Reutlingen
Zollernalbkreis
über 230 Städte und Gemeinden

Organe: - Verwaltungsrat
- Beirat
- Geschäftsführung

Beiratsvorsitzender: Landrat Heiner Scheffold, Alb-Donau-Kreis

Geschäftsführung: Jens Schilling, Wolfgang Rölle



Kommunaler Pakt zum Netzausbau (Komm.Pakt.Net)

Gegenstand des Unternehmens:

Komm.Pakt.Net ist eine selbstständige gemeinsame Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts (KAöR). Die acht Landkreise Alb-Donau-Kreis, Bodenseekreis, Biberach, Freudenstadt, Ostalbkreis, Ravensburg, Reutlingen und Zollernalbkreis und über 230 Städte und Gemeinden gründeten Komm.Pakt.Net am 4. November 2015 in Ulm.

Ziel des kommunalen Zusammenschlusses ist es, im Verbundgebiet ein kommunales Glasfasernetz aufzubauen. Je größer dieses Breitbandnetz ist, desto attraktiver ist es für potentielle Netzbetreiber und desto kostengünstiger sind die Konditionen für den kommunalen Netzausbau bei der späteren Verpachtung an Netzbetreiber.

Die KAöR bietet als relativ neue Rechtsform in Baden-Württemberg eine geeignete Basis, den kommunalen Breitbandausbau gemeinsam voran zu treiben. Die Rechtsform der KAöR weist entscheidende Vorteile auf, wenn es um die gemeinschaftliche Aufgabe des Breitbandausbaus geht:

- Schnelle Entscheidungsfindung über den Vorstand
- Trennung zwischen Verantwortung und Kontrolle
- Elastische Organisationsstruktur, Flexibilität bei der Aufgabenverteilung
- Optimale Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und notwendiger kommunaler/staatlicher Einflussnahme

Anfangs waren die Städte und Gemeinden über den Landkreis indirekt beigetreten, mit Ausnahme der Stadt Geislingen, die von Anfang an direktes Mitglied war.

Eine juristische Prüfung ergab jedoch, dass indirekte Mitgliedschaften nicht möglich sind. Deshalb wurde der direkte Beitritt der Städte und Gemeinden des Zollernalbkreises beschlossen. Die Stadt Balingen und die Gemeinde Jungingen sind nicht beigetreten. Die Stadt Balingen baut und betreibt ihr Netz selbst. Der Landkreis bezahlt für alle 23 Städte und Gemeinden den Mitgliedsbeitrag.

Beteiligungsverhältnisse:

Das vom Zollernalbkreis eingebrachte Stammkapital beträgt 72.765 € und berechnet sich nach der Anzahl der Einwohner. Pro Einwohner beträgt das Stammkapital 0,50 €. Zum Stand 31.12.2014 hatte der Zollernalbkreis ohne Balingen und Jungingen 145.530 Einwohner. Daraus ergibt sich die Höhe des eingebrachten Stammkapitals von 72.765 €.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für 2021 104.000 €. Dieser Betrag ergibt sich aus der Summe der Beiträge für die einzelnen Kommunen. Die Bemessung erfolgt auch hier nach den Einwohnerzahlen.

öffentlich

Besetzung der Organe:

Beirat - Der Beirat besteht aus insgesamt neun Mitgliedern, von denen acht die jeweiligen Mitgliedslandkreise vertreten. Zusätzlich wird ein Vertreter für die Großen Kreisstädte des Verbundes bestimmt. Der Zollernalbkreis wird durch Herrn Karl Wolf und stellvertretend durch Herrn Bürgermeister Oliver Schmid, Geislingen, vertreten. Die Mitglieder des Beirates werden vom Verwaltungsrat auf fünf Jahre gewählt. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates ist gleichzeitig auch der Vorsitzende des Beirates. Vorsitzender ist Herr Landrat Heiner Scheffold, Alb-Donau-Kreis.

Verwaltungsrat - Jedes Mitglied stellt einen eigenen Vertreter für den Verwaltungsrat. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, sowie dessen Stellvertreter werden aus der Mitte dieser Vertreter für fünf Jahre gewählt. Vorsitzender ist Herr Landrat Heiner Scheffold, Alb-Donau-Kreis.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens:

Der Breitbandausbau erfordert detaillierte technische und rechtliche Fachkenntnisse, die in den einzelnen Kommunen nur mit hohem Aufwand vorgehalten werden können. Einzelne Kommunen sind für größere Breitbandanbieter oft kein Ansprechpartner auf Augenhöhe, kleinteilige Netze finden nur schwer einen oder gar keinen Betreiber, Pachterlöse sind kaum zu erzielen.

Komm.Pakt.Net bündelt die Interessen der Kommunen und überwindet so die Kleinteiligkeit. Standardisierte Materialien und die Möglichkeit zum zentralen Einkauf gewährleisten einen hohen Qualitätsstandard und größtmögliche Kompatibilität und Effektivität. Die Beteiligten können auf Fachwissen zugreifen und aus einer ganzen Reihe von Dienstleistungen von der Markterkundung über Planung bis hin zur Betreiber Ausschreibung und Verwaltung der Infrastruktur nach ihrem individuellen Bedarf auswählen.



Oberschwäbische Elektrizitätswerke

- Name:** **Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke**
- Gründung:** 20. Dezember 1909
- Stammkapital:** Die Mitgliedslandkreise haben kein Kapital in den Zweckverband eingebracht, so dass auch kein Stammkapital auszuweisen ist.
- Beteiligte:**
- Zollernalbkreis (8,712 %)
 - Landkreis Ravensburg (21,821 %)
 - Alb-Donau-Kreis (20,989 %)
 - Bodenseekreis (15,812 %)
 - Landkreis Biberach (11,126 %)
 - Landkreis Rottweil (6,479 %)
 - Landkreis Sigmaringen (6,229 %)
 - Landkreis Freudenstadt (5,007 %)
 - Landkreis Reutlingen (3,825 %)
- Organe:**
- Verbandsversammlung
 - Verwaltungsrat
 - Verbandsvorsitz
 - Geschäftsführung
- Verbandsvorsitz:** Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis
- Geschäftsführung:** Barbara Endriss

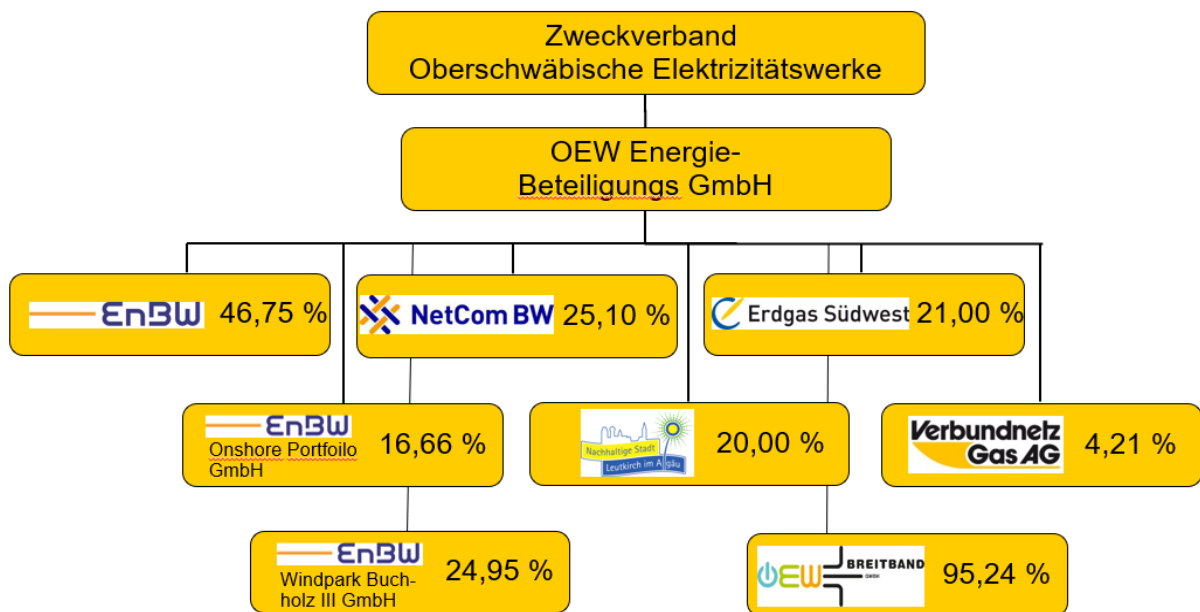


öffentlich

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)

Der Zollernalbkreis ist mit 8,712 % am Zweckverband OEW beteiligt, der alleiniger Gesellschafter der OEW-Energie-Beteiligungs-GmbH ist, die wiederum Beteiligungen an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, der Erdgas Südwest GmbH, der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG, der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH, der NetCom BW GmbH, der EnBW Onshore Portfolio GmbH, EnBW Windpark Buchholz III GmbH sowie der VNG AG unterhält.

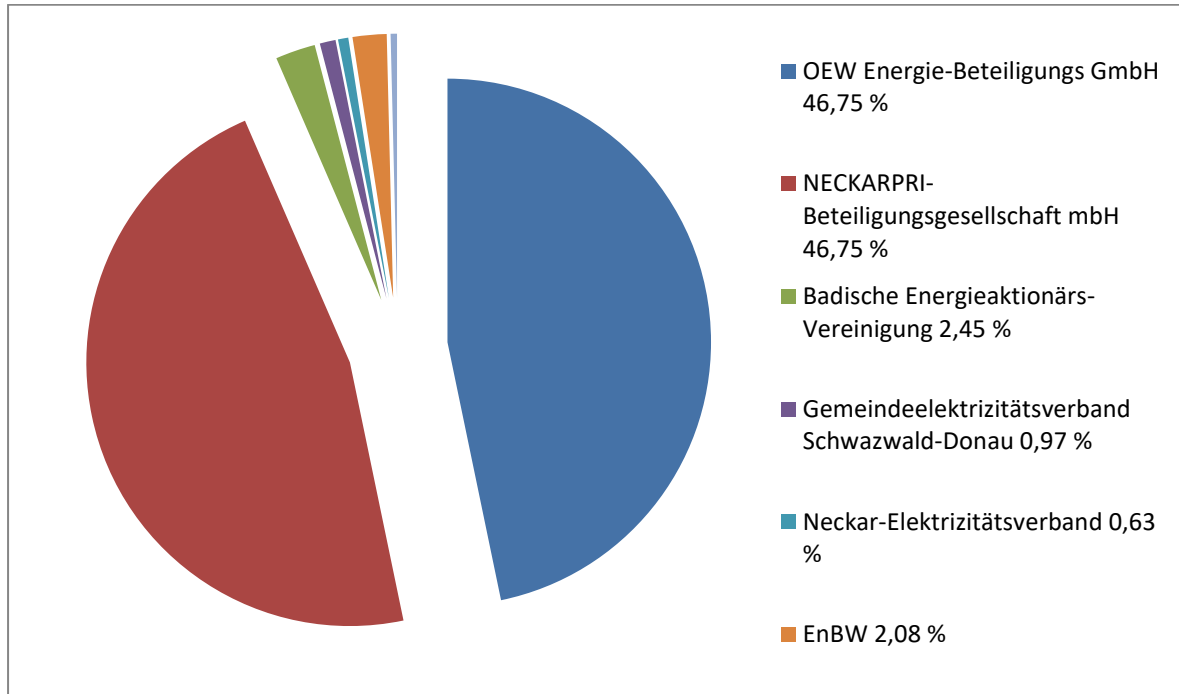
Beteiligungen der OEW





öffentlich

Die Aktionärsstruktur bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Darüber hinaus engagiert er sich im Bereich der kommunalen Infrastruktur. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden (§ 3 Verbandsatzung).

Beteiligungsverhältnisse

Die Mitgliedslandkreise haben kein Kapital in den Zweckverband eingebracht, so dass auch kein Stammkapital auszuweisen ist.

Mitglieder des Zweckverbandes:

<u>Die Landkreise</u>	<u>Anteil am Verbandsvermögen</u>
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Biberach	11,126 %
Bodenseekreis	15,812 %
Freudenstadt	5,007 %
Ravensburg	21,821 %
Reutlingen	3,825 %
Rottweil	6,479 %
Sigmaringen	6,229 %



Zollernalbkreis
Organe

8,712 %

des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat, der Verbandsvorsitzende und die Geschäftsleitung.

Verbandsvorsitzender ist seit 1.5.2016 Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis. Alleinige Geschäftsführerin ist seit 12.4.2007 Frau Barbara Endriss.

Personal

Der Zweckverband beschäftigte 2021 eine Assistentin der Geschäftsführung in Vollzeit und vier geringfügig Beschäftigte.

Vermögens- und Finanzlage

- In der Bilanz stellt die Kunstsammlung des Zweckverbandes die einzige Sachanlage dar. Diese hat sich zum 31.12.2021 um 435.635,91 € auf 28,48 Mio. € erhöht (Vorjahr: 28,04 Mio. €).
- Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: Insgesamt sind dies 14 Gesellschafterdarlehen, die der Zweckverband der OEW Energie-Beteiligungs GmbH gewährt hat. Die Darlehen Nr. 1 – 12 und 14 sind tilgungsfrei. Die Tilgung für das Annuitäten-Darlehen Nr. 13 erfolgte planmäßig in Höhe von 14.731.676,85 €, so dass sich der Forderungsbestand gegenüber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH auf 842.147.883,96 € reduziert hat.
- Die Liquiditätslage des Zweckverbands war ganzjährig gut.

Ertragslage

- Für Geldanlagen und Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH wurden Zinserträge in Höhe von insgesamt 8.690,950,72 € (Vorjahr: 8.661.178,08 €) vereinnahmt.
- 2021 hat der Zweckverbandes OEW eine Ausschüttung an die Mitgliedslandkreise in Höhe von 40 Mio. € vorgenommen.
- Für die Pflege der Kunstsammlung wurden 1.852.84 € aufgewendet.
- Für die Kulturförderung in den Mitgliedslandkreisen wurden 2021 988.013,36 € ausgegeben (Vorjahr: 604.203,18 €).

Ausblick

öffentlich

Der Zweckverband finanziert sich im Wesentlichen über die Zinszahlungen und die Ausschüttungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Damit werden u.a. die Kulturförderung und die Dividendenausschüttung an die Landkreise bezahlt. Die Vermögens- und Ertragslage des Zweckverbandes OEW steht im engen Zusammenhang mit der Ertragslage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Dividendenpolitik der EnBW Energie Baden-Württemberg AG. Einen gewissen Einfluss haben auch die Ausschüttungen der weiteren Beteiligungsunternehmen (weitere Informationen hierzu unter 2. OEW Energie-Beteiligungs GmbH).

Im Jahr 2021 erfolgte erstmalig seit 2011 wieder eine Ausschüttung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH an den Zweckverband in Höhe von 20 Mio. €.

Wirtschaftliche Lage

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten der OEW-Gruppe vermitteln die folgenden Kennzahlen, abgeleitet aus dem Jahresabschluss der OEW Energie-Beteiligungs-GmbH sowie dem Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes OEW zum 31. Dezember 2021:

	OEW-Gruppe nach Eliminierung der Verflechtungen zwischen den rechtlichen Einheiten	
	2021	2020
Bilanz		
Eigenkapital (Mio. €)	3.890,4	3.813,3
Eigenkapitalquote (%)	87,59	86,88
Bilanzsumme (Mio. €)	4.441,9	4.389,2
Gewinn- und Verlustrechnung		
Ergebnis nach Steuern (Mio. €)	137,1	82,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Mio. €)	120,4	82,0
Beteiligungserträge (Mio. €)	132,2	93,6
Zinsergebnis (Mio. €)	-9,5	-10,1
Finanz- /Liquiditätskennzahlen		
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Mio. €)	216,7	167,8

Zusammenfassung und Ausblick

Die OEW-Gruppe ist mit einer soliden Eigenkapitalquote ausgestattet (87,59 %). Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des Zweckverbandes OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Verbandes eng mit der Situation der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gruppe ist die Ausschüttungspolitik der EnBW. Damit ist auch die zukünftige Handlungsfähigkeit der Gruppe in starkem Maß abhängig von der Entwicklung der EnBW.

Wohnbaugenossenschaft Balingen e.G. und Kreisbaugenossenschaft Hechingen e.G.

Gegenstand der Unternehmen

Zweck beider Genossenschaften ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaften können hierzu Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, verwalten, vermitteln und veräußern. Sie können alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis ist an der Wohnbaugenossenschaft Balingen mit 10 Geschäftsanteilen zu je 150 € beteiligt und an der Kreisbaugenossenschaft Hechingen mit 30 Anteilen zu je 310 €.

Da es sich um relativ nachgeordnete Beteiligungen handelt, wird auf Ausführungen zum "Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks" verzichtet.

öffentlich

b) Übertragung der Geschäftsanteile an der ISBA gGmbH an die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb

I.

Der Zollernalbkreis ist mit einer Stammeinlage iHv. EUR 24.000,00 (= 24,0 %) am Stammkapital (EUR 100.000,00) der ISBA gGmbH mit Sitz in Balingen (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart, HRB 410721) beteiligt.

Die weiteren Gesellschafter sind die Stadt Balingen mit ebenfalls einer Stammeinlage iHv. EUR 24.000,00 (= 24,0 %) und die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb mit einer Stammeinlage i.H.v. EUR 52.000,00 (= 52,0 %).

Zweck der ISBA gGmbH ist die Förderung von Menschen mit seelischer oder psychischer Behinderung, insbesondere durch Arbeitsangebote und sonstige tagesstrukturierende Angebote. Die ISBA gGmbH ist vom Finanzamt Balingen wegen Verfolgung gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke als steuerbegünstigt im Sinne der Abgabenordnung anerkannt.

II.

Die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb beabsichtigt, die ISBA gGmbH und die weiteren Beteiligungsunternehmen der Stiftung (ZAW gGmbH und AIZ gGmbH, bei denen die Stiftung jeweils Alleingesellschafter ist), zu einer gemeinnützigen GmbH zusammenzuführen, um die nicht mehr gerechtfertigte organisatorische Trennung der Arbeitsbereiche von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und Assistenzbedarfen aufzuheben. Die ISBA gGmbH und die anderen gemeinnützigen Unternehmen der Stiftung Lebenshilfe Zollernalb sind inzwischen mit mehreren Standorten im gesamten Landkreis aktiv.

Im Zuge der gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung ist auch eine Neustrukturierung der Beteiligungsverhältnisse sinnvoll. Die in der Gründungsphase der ISBA gGmbH hilfreiche Beteiligung der Stadt Balingen und des Zollernalbkreises als Mitgesellschafter ist heute so nicht mehr erforderlich.

Deshalb wird ein Ausscheiden des Zollernalbkreises als Gesellschafter der ISBA gGmbH vorgeschlagen. Die Stadt Balingen hat über das Ausscheiden als Gesellschafter bereits entschieden.

Aufgrund der Vorschriften des Gemeinnützigkeitsrechts (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 AO) und entsprechend der Regelungen im Gesellschaftsvertrag der ISBA gGmbH (§ 4 Ziff. 3) erhalten aus der ISBA gGmbH ausscheidende Gesellschafter höchstens die von ihnen eingezahlten Kapitalanteile zurück, mithin die Stadt Balingen und der Zollernalbkreis jeweils EUR 24.000,00. Rechtlich erfolgt das Ausscheiden durch notariell zu beurkundenden Abtretung des jeweiligen Geschäftsanteils an der ISBA gGmbH an die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb.

öffentlich

III.

Zur Fortsetzung der Kooperation sollen zukünftig durch die Institutionalisierung eines ein- bis zweimal jährlich tagenden beratenden Beirats oder Forums alle Kommunen, in denen die gemeinnützigen Unternehmen der Stiftung Lebenshilfe Zollernalb Standorte unterhalten, sowie der Zollernalbkreis zusammenkommen.

In diesem Rahmen sollen sich alle Beteiligten über ihre Zusammenarbeit, die jeweiligen Bedarfe und zukünftigen Entwicklungen austauschen. Inklusive Teilhabe, regionale Wertschöpfung, lebenswerte Region und Lebensqualität für Menschen mit und ohne Behinderung können hierbei die gemeinsamen Ansatzpunkte für ein solches Zusammenwirken sein.